

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Postzelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Mittwoch, den 27. Oktober 1920.

27. Jahrg.

An die Partei!

Der Parteitag von Kassel hat im Dienste des werftätigen Volkes sachliche Arbeit geleistet. Seine Verhandlungen waren ein Beweis für die ruhig wachsende Kraft unserer Partei, die allen Stürmen standgehalten hat und der nichts anzuhängen vermochte, weder die Verfolgung, die sie im kaiserlichen Deutschland erduldet, noch die Verwilderung und Verzerrung, der jetzt gewisse Bruchteile der Arbeiterbewegung anheimgefallen sind. Am Ende einer Periode beispielloser Erschütterungen steht

unsere Partei stärker und gefestigter da, als sie es jemals gewesen

ist, sie muftert in ihrer Organisation eine und eine Viertel Million erprobter Kämpfer und Kämpferinnen. In einer Zeit, in der für so viele nur das Heute und das Ich gilt, opfern diese Männer und Frauen, ungeachtet der eigenen persönlichen Bedrängnis, für die Allgemeinheit und arbeiten sie für die Zukunft. Ihr fester Zusammenhalt bietet uns die Gewähr, daß weder die Sache des deutschen arbeitenden Volkes in der Welt, noch die Sache des Sozialismus in Deutschland verloren ist.

Als Ausdruck dieser Kraft erschien der Parteitag von Kassel. Er hat für die auswärtige Politik der Partei, für ihre Wirtschaftspolitik, besonders auch für ihre Agrarpolitik, wichtige Richtlinien aufgestellt. Er hat für die Wohnungspolitik wertvolle Anregungen gegeben und eine Kommission zur Erneuerung unseres Parteiprogramms bestellt, die ihre Arbeiten bereits aufgenommen hat. In keinem Punkte hat er die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegeben, sondern es konnte sich für ihn nur darum handeln, sie schärfer herauszuarbeiten und alte Erkenntnisse mit den Erfahrungen der neuen Zeit in Einklang zu bringen.

Die Partei bleibt treu der Politik des Weltfriedens und der brüderlichen Zusammenarbeit des internationalen Proletariats.

Sie bleibt treu der Erkenntnis, daß nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, nur die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion dem arbeitenden Volke Befreiung aus den Fesseln der Not und der Menschheit einer neuen Blüte der Kultur bringen kann. Sie bleibt nicht minder treu ihrer hohen Auffassung von dem Recht der Persönlichkeit, das niemals durch Unterdrückung der Staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung eingeengt werden darf.

Die demokratische Republik vor allen reaktionären Anschlägen zu schützen — mögen sie auch in scheinrevolutionärer Verkleidung

auftreten — und auf ihrem Boden für den Sieg sozialistischer Grundsätze zu wirken, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Wir rufen die Genossen im Lande auf, uns behilflich zu sein, um alle reaktionären Verschwörungen gegen die Republik aufzudecken und im Keime unschädlich zu machen. Helft uns, das letzte reaktionäre Nests auszunehmen! Seid wachsam!

Wir wollen aber nicht nur Erungenes bewahren, sondern mit seiner Hilfe für unsere Ziele weiterkämpfen. Die Regierung hat einen Entwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues angekündigt, aber die Art ihrer Zusammenfassung rechtfertigt die stärksten Zweifel, ob es mit ihrer Ankündigung ernst ist und ob sie die Kraft und den Willen finden wird, ihr Versprechen durchzuführen. Die Vergesellschaftung der Bodenschätze liefert die Grundlage für den Aufbau einer künftigen sozialistischen Wirtschaft, darum ist der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues von entscheidender Bedeutung. In den sozialen Kämpfen der Gegenwart nimmt er eine ähnliche überragende Stellung ein wie einst der Wahlrechtskampf in den politischen Kämpfen der Vergangenheit.

Unsere Aufgabe wird es sein, durch den Druck der öffentlichen Meinung den Widerstand der Grubenherren und des ganzen mit ihm verbündeten Privatkapitals zu brechen. Das wird keine leichte Arbeit sein! Genossen, haltet Euch bereit!

Ein harter Winter steht vor uns, dessen unvermeidlichen Nöte durch die falsche Ernährungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung noch verschärft werden. Er wird schwere Kämpfe bringen, aber unsere Partei wird auch sie siegreich bestehen, wenn unsere Genossinnen und Genossen im Lande mit derselben Hingabe wie bisher dahin wirken, sie stark und groß zu machen, auf daß sie allen Feinden trohen kann. Niemand ist verloren, der sich nicht selber aufgibt! Das arbeitende Volk Deutschlands kann und will sich nicht aufgeben, es kann aber auch seine Ziele nicht erreichen im Anschluß an Gruppen und Sekt, die sich immer wieder spalten und untereinander wütend befehden. Darum schäre es sich fest unter die alten Banner der Demokratie und des Sozialismus.

Vorwärts! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

Bartels, Adolf Braun, R. Fischer, Frank, Heinrich, Silberbrand, Marie Tschack, Krüger, Mollenhuth, Herm. Müller, Pfannkuch, Ritter, E. Friede Rynek, Heinr. Schulz, Stampfer, Stelling, Wels.

Alle Postsendungen sind zu richten an Wilhelm Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Geldsendungen unter Postfachnummer 7918 an Fr. Bartels, Berlin NW. 7.

Der Weltgerichtshof.

In der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich Walter Schilling, einer unserer besten Kenner des internationalen Völkerrechts, mit dem Statut des Völkerbundes zur Errichtung eines Weltgerichtshofes. Wir erhalten damit die ersten zuverlässigen Nachrichten darüber, wie dieser Gerichtshof gedacht ist und welche Aufgaben seiner harrten. Red. d. L. B.

Als in Deutschland das Völkerbundsstatut des Versailler Friedens bekannt wurde, waren viele Gemüter schwer enttäuscht und namentlich unter denen, die sich erst nach der militärischen Katastrophe zum Völkerbundsgedanken durchgerungen hatten, überzog vielfach die Meinung, jenes Statut sei ein solches Zerrbild des grandiosen Gedankens, daß Deutschland sich diesem Völkerbunde fernhalten müsse, auch wenn es nachträglich von seinen Gegnern zum Eintritt aufgefordert werde. Indessen, große Ideen sind in der Geschichte meistens zunächst nicht so verwirklicht, wie sie ihrem Führer und Propheten vorgeschwebt haben, sondern diese haben sich damit begnügen müssen, zu erleben, daß überhaupt einmal der Übergang vom Gedanken zur Tat sich vollzog. In einer Frage von so ungeheurer Bedeutung mußte zum mindesten eine vorläufige Stellungnahme vermieden und die Wirksamkeit des Völkerbundes abgewartet werden. Kein Zweifel, daß das, was wir zunächst vom Völkerbund zu sehen bekommen haben, überwiegend die negativen Eindrücke verstärkt hat. Die Tatsache, daß der Völkerbund entgegen seinen Grundtendenzen den Angriffskrieg von Polen gegen Rußland nicht verhindert hat, daß er trotz Ansehens der deutschen Regierung keine unparteiische Untersuchung der Rechtsfrage veranstaltete, ob der Einmarsch der Franzosen in den Maingau rechtmäßig war oder nicht, daß weiter Europa sich abermals mit einem Neg gefahrdrohender politischer Sonderbündnisse zu umspinnen beginnt, daß bald anderthalb Jahr nach der Unterzeichnung des Friedens noch keine Maßregeln des Völkerbundes ergriffen sind, um der

fortschreitenden wirtschaftlichen Verelendung Europas entgegenzuwirken, alles das und noch manche andere bittere Erfahrung Deutschlands, so die Entscheidung über Eupen-Malmédy, scheinen danach angetan, das Mißtrauen gegen den Völkerbund zu verstärken. Freilich wäre es ungerecht, demgegenüber auch einzelne positive Leistungen des Völkerbundes verkennen zu wollen. Die Brüsseler Finanzkonferenz mit ihren Anregungen zur Aufrihtung eines internationalen Finanzinstituts ist immerhin auf wirtschaftlichem Gebiete ein Anfang. Wenn ferner der Völkerbund Fridhof Ranken ausgehandelt hat, um die Lage der unglücklichen Gefangenen in Sibirien zu prüfen, so geht daraus hervor, daß der Völkerbund sich seiner Aufgabe, als organisierte Kulturgemeinschaft die Menschheitsinteressen zu vertreten, bewußt geworden ist. Heute aber können wir eine Tat des Völkerbundes melden, die mit einemmal seinen ernstlichen Willen, in erster Linie eine wirkliche internationale Rechtsgemeinschaft darzustellen, auf das erfreulichste und unanfechtbarste verkündet. Wir meinen das Projekt zu einem Weltgerichtshof, das der Rat des Völkerbundes den sämtlichen Staaten, die an ihm beteiligt sind, amtlich hat zugehen lassen. Der Wortlaut dieses Statuts ist unseres Wissens bisher noch nicht der Presse bekannt gegeben. Und damit hängt es wohl zusammen, daß die außerordentliche politische Bedeutung dieses Vorschlages für die Beurteilung des Völkerbundes bisher kaum irgendwo öffentlich betont worden ist.

Um das Gesamturteil über den mir vorliegenden Entwurf vorweg zu nehmen, so enthält er eine so radikal-pazifistische Lösung der einschlägigen Probleme, wie sie bisher kaum von den Führern des völkerrechtlichen Fortschritts für möglich gehalten worden ist. Selbst die radikalsten Vorschläge, die das neue Deutsche Reich auf diesem Gebiete in seinem Völkerbunds-vorschlag in Versailles gemacht hat, werden hier in wichtiger Beziehung übertrumpft.

Zur Geschichte dieses Statuts mügen an dieser Stelle einige wenige Angaben genügen. Während der deutsche, skandinavische, schweizerische und italienische amtliche Entwurf zu einem Völkerbund schon grundsätzliche Normen über einen ständigen internationalen Gerichtshof enthielt, be-

gnügte sich Artikel 14 der Verfassung des Völkerbundes, den die Entente aufgerichtet, mit der allgemeinen Zusage, daß der Rat des Völkerbundes den Plan zur Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes ausarbeiten und den Mitgliedern des Bundes unterbreiten werde. In dankenswerter Weise veranstaltete dann die holländische Regierung im Februar 1919 eine Konferenz mit der Schweiz und den skandinavischen Ländern zur Erörterung dieses Problems. Alle fünf Regierungen legten eigene Entwürfe vor und man einigte sich dann auf ein gemeinsames höchst wertvolles Projekt. Nachdem dann noch von anderen, privaten Seiten andere Vorschläge ausgearbeitet waren, trat am 16. Juni im Friedenspalast im Haag eine internationale juristische Kommission zusammen, die im unmittelbaren Auftrage des Völkerbundesrates einen amtlichen Vorschlag ausarbeitete. Sie bestand aus dem japanischen Botschafter in Brüssel Udati, dem spanischen Professor und Senator Almirante, dem belgischen Minister Baron Descamps, dem ehemaligen norwegischen Premierminister Hagerup, dem Professor De Lapradelle von der Sorbonne in Paris, dem Dr. Loeder, Mitglied des Obersten holländischen Gerichtshofes, dem Engländer Lord Phillimore, dem Italiener Ricci-Busatti und dem ehemaligen amerikanischen Staatssekretär Elihu Root.

Wenn sich auch der Rat des Völkerbundes noch nicht formell auf das von diesen Männern ausgearbeitete Projekt festgelegt hat, so überreicht der Rat doch dieses Statut den Mitgliedern mit einer so eindringlichen, vom 6. August 1920 aus San Sebastian datierten Empfehlung, daß er sich unzweifelhaft materiell damit gebunden hat. Umso bedeutamer ist der Inhalt des Statuts.

Das Wichtigste daraus ist folgendes: Das Statut beschränkt sich nicht darauf, organisatorische Normen zu geben für den Weltgerichtshof, sondern es regelt dessen Kompetenz und enthält in diesem Sinne jenen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag, um den auf den Haager Konferenzen vergeblich gerungen worden ist. Damals herrschte auch unter den Anhängern eines solchen Vertrags die Anschauung vor, daß solche Rechtsfreiheiten, bei denen die Ehre, die Unabhängigkeit und die Lebensinteressen eines Volkes in Frage ständen, nicht obligatorisch einem Gerichtshof zum Spruche übergeben werden sollten, und an dieser Reserve gegenüber der Schiedsgerichtsbarkeit scheint Artikel 13 des Völkerbundsstatuts festzuhalten, der nur von Streitfragen spricht, die „im allgemeinen“ eine schiedsrichterliche Lösung zulassen. Auch der Völkerbunds-vorschlag der deutschen Regierung hatte bei Staatenfreiheiten der Partei die Möglichkeit offen gelassen, die überwiegend politische Bedeutung eines Rechtssalles geltend zu machen mit der Wirkung, daß dann der Staatsgerichtshof die Streitfrage an ein Vermittlungsamt abgeben mußte.

Nach dem Vorbild des Vorschlages der neutralen Kommission, von der oben gesprochen worden ist, läßt nun aber der Völkerbunds-vorschlag jene Reserve vollständig fallen und überweist dem Weltgerichtshof die Entscheidung in allen Fällen, in denen es sich handelt

1. um die Auslegung eines Vertrages,
2. irgend einen Punkt des Völkerrechtes,
3. das Bestehen irgend einer Tatsache, die, wenn sie vorhanden wäre, eine Verletzung einer internationalen Verpflichtung darstellen würde,
4. die Natur oder die Ausdehnung einer Wiedergutmachung, die für eine internationale Verpflichtung geschuldet wird,
5. die Auslegung eines Spruches des Gerichtshofes selbst.

Nun ist es aber in der Theorie des Völkerrechtes eine allgemein-bekanntes Tatsache, daß es sehr selten einen Staatenkonflikt gibt, dem sich nicht irgend eine juristische Seite abgewinnen läßt. In Zukunft würde es einfach genügen, diese herauszuarbeiten, um den Fall zum obligatorischen Spruch zu bringen. Hätte die hier vorgeschlagene Bestimmung schon Rechtskraft gehabt zu Zeiten des Konfliktes zwischen Oesterreich und Serbien, so wäre dieser unzweifelhaft vor das Weltgericht gekommen. Denn die österreichische Forderung nach Genugtuung war im Völkerrecht begründet und wenn Oesterreich-Ungarn nicht als Kläger aufgetreten wäre, hätte Serbien Klagen und eine Entscheidung darüber nachsuchen können, ob die geforderte Genugtuung sich in den Schranken des Rechtes hielt, und keine Berufung auf Ehre, Unabhängigkeit und Lebensinteressen hätte das Weltgericht unzuständig machen können. Man erkennt daraus die ungeheure Tragweite des neuen Vorschlages des Völkerbundes. Geht man in der Ueberweisung von Staatenfreiheiten an den Weltgerichtshof so weit, so wird natürlich dessen Besetzung um so wichtiger sein. Einerseits sind dann Männer für diesen Gerichtshof notwendig, die auch Verständnis für die politische Seite des Rechtssalles haben. Andererseits ist bei solcher Ausdehnung ihrer Kompetenz die Wichtigkeit ihrer unparteiischen Gefinnung um so größer. Damit kommen wir auf die Frage der Ernennung der Mitglieder dieses Gerichtshofes. Welche Schwierigkeiten dieser Frage der zweiten Haager Konferenz gemacht waren, dies man dort schon 1907 einen wirklich ständigen Gerichtshof aufrihten wollte, mag man in Wehbergs ausgezeichnetem Werk „Das Problem eines internationalen Staatsgerichtshofes 1912“ nachlesen.

Das Projekt des Völkerbundes steht für die Ernennung der Richter folgenden Weg vor: es wird angeknüpft an das Vorhandensein des sogenannten ständigen Schiedshofes im Haag, für dessen Richterliste jeder Staat vier Mitglieder ernennen darf. Diese vier nationalen Mitglieder jener Organisation werden als besondere Wahlgruppe konstituiert und jede solche nationale Wahlgruppe darf nach Befragen ihres obersten Gerichtshofes, ihrer Rechtsakademien, etwaiger nationaler Rechtsakademien und nationalen Zweige solcher internationalen Institute je zwei Persönlichkeiten für eine allgemeine Wahlliste vorschlagen. Aus dieser allgemeinen Wahlliste, auf die annähernd 100 Personen kommen können, werden 11 ordentliche und 4 Hilfsrichter gewählt. Staatenversammlung und Völkerbundsrat wählen unabhängig von einander. Bei der Wahl soll darauf geschaut werden, daß das Ganze „die großen Formen der Zivilisation und die hauptsächlichsten Rechtssysteme der Welt widerspiegelt“. Offenbar soll das heißen, daß die Hauptkulturen im Gerichtshof ihre Vertretung finden sollen. Gewählt sind diejenigen, die sowohl in der Staatenversammlung wie im Rate die absolute Mehrheit der Stimmen erlangt haben. Bei mangelnder Einigung zwischen beiden Organen des Völkerbundes über die notwendige Zahl von Richtern werden die ausständigen Plätze durch eine Vermittlungskommission beider Organe vergeben, die dann nicht auf die vorgeschlagenen Personen beschränkt ist. Gelangt auch sie nicht zum Ziel, so haben die gewählten Mitglieder des Gerichtshofes ein Recht der Selbstergänzung. Gewiß wären in der Frage der Vergabung der Richterstellen noch idealere Lösungen möglich. Immerhin erscheint der vorgeschlagene Weg durchaus geeignet, hervorragende und allgemein anerkannte Personen in den Gerichtshof hineinzubringen. Jedes politische Amt ist mit der Stellung des Richters unvereinbar und selbstverständlich kann ein Richter nur durch den einstimmigen Spruch seiner sämtlichen Kollegen seines Amtes entsetzt werden. Präsident und Vizepräsident werden durch den Gerichtshof selbst gewählt, der seinen Sitz im Haag nimmt. Nur der Präsident muß dauernd im Haag wohnen. Aber der Gerichtshof hält mindestens eine oder mehr Sitzungen jährlich, die am 15. Juni beginnen soll. Die Besetzung mit neun Richtern genügt, um in Funktion zu treten. Für ein summarisches Verfahren, das die Parteien erbitten können, genügt eine Besetzung mit drei Richtern, und es wird zu diesem Zwecke jährlich vom Gerichtshof selbst eine Drei-Männer-Kammer konstituiert. Ist unter den Spruchrichtern nur eine streitende Partei mit einem Richter vertreten, so kann auch die andere Streitpartei einen Richter ihrer Nationalität verlangen, kein Staat kann durch mehr als einen Richter im Gerichtshof vertreten sein. Die Einzelheiten des Verfahrens haben mehr technisch-juristisches als politisches Interesse. Sie sind durchweg den Normen für den bisherigen Haager Schiedshof nachgebildet. Bedeutsam ist namentlich die Bestimmung, daß der Gerichtshof auch einstweilige Verfügungen treffen kann, um die Rechte jeder Partei zu schützen.

Wie gesagt, wäre mit dem Inkrafttreten dieses Statuts Vorsorge getroffen, daß die meisten Streitigkeiten unter den Staaten wirklich in Formen Rechtsens entschieden würden. Welche Vorteile sich daraus für einen Staat wie Deutschland ergeben würden, der von seinen Gegnern entworfen ist und überhaupt nur das Recht auf seiner Seite hat, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Wünschenswert wäre nur, daß der Völkerbund in seiner weiteren Betätigung nicht auf halbem Wege stehen bleibt und auch die rein politischen Konflikte, die sich nicht als Rechtsstreit darstellen, einem obligatorischen Spruch einer unparteiischen Behörde überreicht, statt daß sie heute nur der Rat des Völkerbundes ein Gutachten darüber abgibt. In dieser Beziehung bleiben auch heute noch die Vorschläge des deutschen Regierungsentwurfes vorbildlich. Aber immerhin, wenn im November der Völkerbund das Statut über den Weltgerichtshof zum internationalen Gesetz erheben sollte, würde ein gewaltiger Schritt vorwärts zu jenem Ziele getan werden, das die Engel in der Weihnachtssnacht der Menschheit aufgezeigt haben: Friede auf Erden!

Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Die Beratungen des Gemeinsamen Ausschusses des Reichswirtschafts- und Kohlenrates wurden Dienstag fortgesetzt. Werner (Arbeitnehmer): Die Arbeiter wollen in Wirtschaftszweigen endlich einmal mitreden. Dazu kann die Sozialisierung der erste Schritt sein. Die Befürchtung, daß die leitenden Beamten bei einer Sozialisierung nicht mitmachen werden, teile ich nicht. Vorschlag I ist für uns und den größten Teil der Arbeiterschaft des Ruhrreviers das einzig mögliche. Redner verlas dann folgende

Erklärung der Arbeitnehmervertreter:
„Die Arbeitnehmervertreter haben von den Ausführungen der Herren Arbeitgebervertreter des Kohlenbergbaues Kenntnis genommen. Sie erkennen in den Ausführungen des Herrn Silberberg, der die Bergarbeiter aus Gewinn des deutschen Kohlenbergbaues beteiligen will, das Bestreben, die Arbeiterschaft von der Forderung der Sozialisierung, die doch eine Forderung zugunsten der Gemeinwirtschaft ist, durch Verzichtung persönlicher Vorteile abzubringen. Die Pläne des Herrn Stinnes sind gerichtet auf eine bezirksweise Verknüpfung der Kohlenwirtschaft, für die die Arbeiter durch Zulassung ihrer entwicklungsfähigen Köpfe zur Führung dieser Wirtschaft werden sollen. Die Gemeinwirtschaft der deutschen Volkswirtschaft aber, und zwar sowohl der Kohlenbergbauindustrie als der Landwirtschaft, als auch der öffentlichen und privaten Verbraucher, werden durch die Herrschaft einiger weniger Kapitalisten gefährdet werden. Die Arbeiterschaft hält demgegenüber an der höchsten Organisation der Kohlenwirtschaft fest, da die Kohle Gemeingut der ganzen Volkswirtschaft sein und bleiben muß, und sie erkennt auch wie wir nur in der sozialisierten Wirtschaft die Gewähr, daß alle Privatinteressen dem Gemeinwohl in jeder Beziehung untergeordnet werden. Sie lehnt deshalb diesen Vorschlag ab.“

Wagner (Arbeitnehmer): Die Auffassung des Herrn Stinnes, daß er nur mitmachen wolle, wenn er bleibe, was er sei, kann uns nicht weiterbringen. Den Gedanken der Gemeinwirtschaft preiszugeben für Gewährung von Privatinteressen, dazu haben sich die Arbeiter nicht her.
Generaldirektor Böglitz (Eisenhüttenvertreter) verweist auf die Bedeutung der Kohle, die Vorbedingung jeder Arbeit und jedes Lebens sei, und gerade diese wolle man zu Experimenten gebrauchen. Von einer Verknüpfung der Kohle sei

gar keine Rede. Es soll nur die Verteilung der Kohle auf Grundlage der Einteilung des Reiches, des Wirtschaftsgebietes erfolgen, damit jeder einzelne Betrieb die Garantie erhält, auch Kohlen zu bekommen. In dieser Verteilung sollen Staat und Gemeinden Anteil haben. Damit hätten die Arbeiter das, was sie wollen und der Unternehmer bliebe seinem Betriebe erhalten. **Gesamtrat Duisberg (Chemische Industrie)** betont den ersten Willen zur Mitarbeit, erwartet aber auf Seiten der Arbeitnehmer unbedingtes Vertrauen zu den Ausführungen der Arbeitgeber. Redner tritt für eine individualisierte Gemeinwirtschaft ein an Stelle der durch den Sozialismus bedingten Massenwirtschaft und lehnt beide Vorschläge der Sozialisierungskommission ab.

Imbusch (Christliche Bergarbeiterverband) meint, eine Verknüpfung werde leichter sein, wenn sich alle auf den Standpunkt stellen, daß die Sozialisierung komme. Die Arbeiter hätten den gleichen Drang nach Freiheit und Selbstbetätigung, wie die Unternehmer. Der Vorschlag des Herrn Silberberg wegen der Verknüpfung laufe nur auf eine Verankerung des alten Systems hinaus. Zu den Unternehmern habe er das Vertrauen, daß der größte Teil von ihnen sozialer Gemeininn haben werde, auch mitzumachen, wenn es einmal gegen den Strich gehe.

Böglitz (kaufmännischer Angestellter) sieht in der Schaffung von Wirtschaftsprovinzen den ersten Schritt zur Zerstümmung der Reichseinheit. Das würden die Arbeiter nie zulassen. **Weiterberatung:** Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr.

Der König von Griechenland gestorben.

König Alexander von Griechenland ist nach Meldungen aus Athen Montag um 5 Uhr nachmittags gestorben. Die Nachricht wurde in Athen um 5 1/2 Uhr bekannt. Sie rief großes Aufsehen hervor, obwohl schon mittags bekannt geworden war, daß der Zustand des Königs hoffnungslos sei. Der König, der am 20. Juli 1893 geboren war, gelangte Mitte 1916 nach der erzwungenen Abdankung des Königs Konstantin, seines Vaters, und des Thronfolgers, im Alter von 24 Jahren zur Regierung. Er war allerdings nur ein Schattenkönig. Die eigentliche Regierung übte Venizelos als Diktator aus. Auf der griechischen Gesandtschaft in Berlin liegt bis zur Stunde nur die kurze amtliche Meldung über das Ableben Alexanders vor, während über die Person seines Nachfolgers auf dem Thron noch keine endgültige Nachricht eingetroffen ist. Doch zweifelt man nicht, daß der jüngere Bruder des Verstorbenen, Prinz Paul, dazu aufzusehen ist, König von Griechenland zu werden. Die griechische Kammer tritt am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um einen Regenten zu wählen, da die neu zu wählende Kammer erst Befehl über die Thronnachfolge fassen soll. Vermutlich wird Admiral Konduriotis zum Regenten gewählt werden. Die Kammerwahlen, die am 7. November stattfinden sollten, sind um acht Tage verschoben worden.

Griechenland und die bulgarischen Kriegsverbrecher.

Die griechische Regierung hat nach Meldungen aus Sofia der bulgarischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß es aus dem Friedensvertrage hervorgehende Recht zur Aburteilung bulgarischer Staatsangehöriger, die sich der Verletzung der Kriegsverträge schuldig gemacht haben, verzichte, wenn die bulgarische Regierung Garantien gebe, daß über die Schuldigen von bulgarischen Gerichten die wohlverdiente Strafe verhängt werde.

Das deutsche Eigentum in England.

Die englische Regierung hat durch ihren Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amt eine Note zugehen lassen, wonach sie für den Fall der vollständigen Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen unter Teil 8 des Friedensvertrages nicht beabsichtigt, von dem ihr nach Art. 18 der Anlage 2 zu diesem Teil des Vertrages aufhebendem Recht zur Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien Gebrauch zu machen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Ringsum Kleinbürger!
In der „kommunistischen Arbeiterzeitung“ wird ein Brief Otto Kühles zitiert, in dem Kühle darauf hinweist, daß die K. K. P. D. mitten im Zerfall sei; Ostpreußen, Thüringen, Nordwest und Nord hätten sich schon von ihr losgelöst. Im Anschluß an diesen Brief beschuldigt das Organ der K. K. P. D. Kühle, die Parteizentrumierung zu betreiben und wirft ihm seine „persönliche, Kleinbürgerlich orientierte Ideologie“ vor. — Wieviel Menschen gibt es nun eigentlich noch in Deutschland, die nach kommunistischer Auffassung keine Kleinbürgerlichen Ideologen sind?!

„Die einige Partei der Kommunisten.“
Das Zentralkomitee der U. S. P. (Dänisch) und die „Zentrale der K. K. P. D.“ veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf, dem auch das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationalen, gezeichnet S. i. n. o. w. j. e. w. seinen Segen gibt. Der Aufruf fällt eine volle Seite — unter dem Titel „unser Kommunisten nicht — und erklärt, „es kann die Diktatur der Bourgeoisie nur niedergeworfen werden durch die Eisenfaust des Proletariats, durch die Diktatur des Proletariats“. Auch sonst hat man dem Moskauer Oberbata abgequatscht, wie er sich rühmt und pumpt. Schließlich werden die beiderseitigen Mitglieder aufgefordert: „Stellt die einige Partei der deutschen Kommunisten her“. Selbstverständlich es, daß unter dem Aufrufe die K. K. P. D. fehlt. Ohne sie ist doch aber die „einige Partei der Kommunisten“ nicht zu schaffen.

Die neue schäpische Verfassung unter Dach und Fach.
Die schäpische Volkstammer nahm Dienstag einmütig die neue Verfassung an. Sie lehnt sich an die Reichsverfassung und die der anderen Bundesstaaten an. Die Regierung wird vom Gesamtministerium geführt, an dessen Spitze der Ministerpräsident steht, der nur das auswärtige Ministerium zu verwalten hat. Der Landtag, der aus 96 Mitgliedern besteht, wird auf vier Jahre gewählt. Die ersten Wahlen finden am 14. November statt.

Der Sitz der Angestelltenversicherung.
Eines ein Jahr lang dauert nun schon der Kampf zwischen den drei Städten Dresden, Nürnberg und Stuttgart um den Sitz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Wie die „München-Ansberger Abendzeitung“ meldet, hat die Angelegenheit jetzt ihre Erledigung dadurch erfahren, daß weder Dresden, Nürnberg noch Stuttgart die Reichsversicherungsanstalt erhält. Diese bleibt vielmehr in Berlin, wo nunmehr auch das neue Verwaltungsgebäude errichtet werden soll.

Aufenthaltsbeschränkung für Deutsche im Rheinland.
Nach einer Verfügung des Kommandanten der Rheinarmee darf sich im französisch besetzten Gebiet wegen der Wohnungsnot und den Lebensmittelschwierigkeiten keine deutsche Person in einer Garnisonstadt, wo sie nicht ihren ständigen Wohnsitz hat, ohne vorherige Genehmigung des Platzkommandanten länger als 24 Tage aufhalten oder niederlassen.

Die Kartoffelnot.
Am Sonntag versammelten sich in Baunh 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen und zogen auf das Land, wo sie die Besitzer der Rittergüter und anderer großer Güter zwangen, unter schriftlich zu versprechen, innerhalb der nächsten acht Tage vom Hektar 70 Zentner Kartoffeln zum vereinbarten Preise von 22,50 Mk. abzuliefern.

Die Hölzgarbissen vor Gericht.
In dem großen Hölzprozess, der seit acht Tagen vor dem Schwurgericht in Dresden verhandelt wurde, ist Montag abends kurz vor 12 Uhr das Urteil gefällt worden. Die Schulfrage auf Hauptverrat wurde von den Geschworenen verneint und nur die Farge auf Brandstiftung bejaht. Die Angeklagten erhielten Strafen von 9 Monaten Gefängnis bis zu 4 Jahren Zuchthaus. Sie haben bekanntlich am 10. April, kurz vor dem Einrücken der Reichswehr auf Befehl des Bandenführers Hölz fünf Wägen im Faltersfeld im Vogtland in Brand gesetzt.

Streit auf der Bismarckhütte.
Montag abend sind die Arbeiter der Wäsch- und der Maschinenbetriebe, ungefähr 2500 Mann, auf der Bismarckhütte (Oberschlesien) in den Streit getreten. Infolgedessen liegen alle Betriebe der Bismarckhütte still. Die Streitenden fordern die Erhöhung des Lonnagegeldes und eine allgemeine Lohnerhöhung. Sofort aufgenommene Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Mariinstahl- und Elektrotrofen sind gestillt. Es wird geraume Zeit dauern, sie wieder in Betrieb zu setzen.

Kleine politische Nachrichten.
Der österreichische Gesandte in Berlin, Genosse Prof. Ludo Hartmann, erneuerte sein Rücktrittsgesuch.
Wie aus Brüssel gemeldet wird, wird Bandovalde in dem neuen belgischen Kabinett wieder einen Posten übernehmen, da dies sowohl von den belgischen Sozialisten wie auch von der Antwerpener Richtung gewünscht wird.
Der französische Justizminister ist infolge eines Automobilunfalles in Paris gestorben.
Begen angeblühcher antipolnischer Propaganda wurde in Bromberg der Vorsitzende des Vereins für Fürsorge der in Polen lebenden Deutschen, Major v. Meck, verhaftet und das Bureau geschlossen. In Neufchatel (Normandie) verhafteten die Polen den Buchdruckereibesitzer und Stadtrat Brandenburg, Herausgeber der Zeitung „Vote von Normende“.

In München ist Dienstag früh der Volkskullchroen Auweck wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten verhaftet worden. Er hat kürzlich als Delegierter des kommunistischen Teiles der U. S. P. D. an der Tagung in Halle teilgenommen und daraufhin in einer Versammlung in München das Abschließen der Revolutionsgegner einschließlich der Rechtssozialisten nach russischem Vorbilde als notwendig erklärt.
Wie die Korrespondenz „Aufbau“ erzählt, hat Dr. W. G. gegen die Breslauer Polizeibehörde, die ein Verbot seiner Versammlungen ausgesprochen hat, die Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

Oesterreich.
Wider gegen die Kommunisten.
Montag fand in Wien eine Parteiverammlung statt, in welcher sich Dr. Friedrich Adler mit dem kommenden Parteitage beschäftigte. Dr. Adler rechnete in klarer Weise mit den Kommunisten ab und verriet auf das Schicksal der „Unabhängigen“ in Deutschland. Dr. Adler erklärte zum Schluß, daß die österreichische Sozialdemokratie der zweiten Internationale nicht mehr angehöre, es aber auch ablehnen müsse, der dritten Internationale beizutreten.

Schweden.
Lenin-Anbeter.
Die schwedischen Linksozialisten haben sich noch mehrkländiger Aussprache mit großer Mehrheit für die Annahme der 21 Punkte Lenins und damit für den Anschluß an die Moskauer Internationale entschieden. Die endgültige Entscheidung soll durch eine Urabstimmung gefällt werden.

England.
Noch ein Opfer des Hungerstreiks.
Der „Matin“ meldet aus London: Im Gefängnis von Carl befinden sich noch neun Sinnfeiner, die seit 76 Tagen hungern. Außer dem Bürgermeister von Carl ist Montag der Hungerstreikende Murphy gestorben.

Der Tod des Bürgermeisters hat in Carl großen Eindruck gemacht. Zum Zeichen der Trauer wurden alle öffentlichen Verwaltungen und Etablissements geschlossen. Der stellvertretende Bürgermeister von Carl hat folgende Proklamation erlassen: „Die einzige Erklärung, die ich heute an der Leiche des Oberbürgermeisters von Carl abgeben kann, ist die, daß Carl endgültig der Republik gehuligt hat, und daß es ihr unbeugbar treu bleiben wird. Wir in der Stadtbehörde werden versuchen, so weit es an uns liegt, dem edlen und großen Beispiel der zwei zu Märtyrern gemachten republikanischen Stadtvorstände zu folgen. Der Oberbürgermeisterstuhl wird erst dann aus republikanischer Hand gehen, wenn der letzte Republikaner Thomas Max Curtain und Terence Mac Swinagh im Grabe gefolgt ist. Nord wird uns nicht terrorisieren.“

„Daily Chronicle“, Londons Organ, ist das einzige Londoner Blatt, das über den Tod des Bürgermeisters kein Wort schreibt.
Unter den Tzen von Newyork hat der Märtyrerdied Mac Swinaghs große Erregung hervorgerufen. Verschiedene irische Gewerkschaften erließen einen heftigen Protest. Es werden Riesensammlungen angekündigt. Der Bürgermeister von Newyork, Hyland, ein Ire von Geburt, ließ „zu Ehren eines der edelsten Märtyrer, die jemals für die Freiheit gestorben sind“, die amerikanische Flagge auf dem Rathaus aufziehen.

Die neuen Verhandlungen der Bergarbeiter mit Lloyd George.
Aus London wird gemeldet: Die Vertreter der Bergarbeitervereinigungen haben am Dienstag die Besprechungen mit der Regierung im Hause des Premiers in Downingstreet aufgenommen. Der ausführende Rat der Bergarbeiter hat am Montag den Bericht der Delegation empfangen. Am Mittwoch soll eine Zusammenkunft des Trade-Union-Kongresses stattfinden, um die Angelegenheit zu besprechen. Die Lage wird überall als hoffnungsvoll betrachtet.

Mittwoch, 27. Oktober.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Wir bitten um umgehende Benennung von Vorschlägen für Schöffen und Geschworene, die laut einem Beschluß des Ortsausschusses dem Gewerkschaftssekretariat einzureichen sind. Diesem Beschluß sind bis jetzt nur wenige Gewerkschaften nachgekommen und bitten wir deshalb, das Versäumte umgehend nachzuholen.

Das Gewerkschaftssekretariat.

Achtung, Jungsozialisten! Donnerstag, 28. Okt., abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Wir bitten unsere Mitglieder, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung zahlreich zu erscheinen. Der Arbeitsausschuß.

Reaktionäre Zeitungsmacher.

Wir haben bereits am Montag auf die beabsichtigte Neugründung einer Zeitung am Ort hingewiesen. Man hört darüber trotz der Geheimnisträmerie schon lange, und man weiß auch, daß nicht einmal ein neugeborenes Kind getauft werden soll, sondern daß es sich darum handelt, einen sterbensschwachen Greis wieder zu beleben. Die Kurpfuscher, die hier ihre Schweißtropfen vergießen, suchen noch nach chirurgischen Instrumenten, um die Kadaver an der Eisenbahnzeitung vorzunehmen zu können. Vorläufig gehen sie mit den Wundermitteln haushieren, die bei Dummheit immer einen zeitweisen Erfolg haben. Die hiesige bürgerliche Presse bekommt in einem Einladungsakt gleich einen letzten Hieb um die Ohren. Es wird ihr bezogen, daß ihre Arbeit der Bedeutung und Stellung Lübecks im politischen Leben des Reiches nicht entspreche. Und dabei bemittelt sich doch das Tritonium, sich gegenständig in der Bekämpfung des politischen Gedankens den Rang abzulaufen, im akkretionären Gedanken tonangebend zu sein. Der Erwerb einer Zeitungsdrukkerie ist gewiß, alle technischen und kaufmännischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Geschäft vorhanden, man hat nur die nötigen Mittel, die man zu betreiben gedenkt, bildet nur das Mittel zum Zweck für die „bürgerliche Mittelpartei“, um die man den Ordnungsbuch scharen will. Wer verdirbt sich denn unter diesem Sammelbegriff? Doch niemand anders als jene Volks-erzetter, die unter dem Wahlspruch: Von roten Ketten macht dich frei allein die Deutsche Volkspartei den größten Wahlschwindel der Welt in Szene setzten. Wir können noch etwas deutlicher werden, wenn wir den Konzern genauer anschauen, der sich um die Webergeburt bemüht. Da ist z. B. Herr Rich. Pichl verzeichnet. Die Firma Pichl u. Gehring steht, soweit wir unterrichtet sind, mit der Norddeutschen Verkehrs-Ärztin-Gesellschaft in Verbindung; an dieser Gesellschaft ist die Hamburg-Amerika-Linie beteiligt und ganz am Ende steht die Firma Sines. Da braucht man doch keine Hornbrille, um zu sehen, nach welchen Gesichtspunkten das neue Lübecker Weltblatt geleitet werden wird. Scharmerker an diesem Lebensbaum sind ferner: Herr. Behn, Th. Cruse, Dr. Cuvie, S. H. Deede, D. G. W. Eichenburg, Direktor Koch, Paul Deverlühn, Direktor Reesch, H. Stolterfoth, Dr. A. Vermehren. So ist der alte Lübecker Klingen zu frühlichem Tun verjammelt. Freilich steckt man als tüchtiger Geschäftsmann nicht gleich sein eigenes Vermögen in den Betrieb. Um das bedeutende Kapital zu sammeln, wird an den Speiser appelliert, der in seiner Furcht vor Sozialismus und Sozialisierung schließlich gern ein paar Tausender opfert, die er im Kriege auf die hohe Kante gelegt hat. Und schließlich gibt es auch noch andere Leute, denen daran gelegen ist, ein Scherlein für die Volksverdummung beizuführen — in um und außerhalb der Stadt mit den leeren Ärmeln. Die Herrschaften reiten hoffnungslos auf der alten Eisenbahnzeitungs-ianie. Es wird aber dafür gesorgt werden, daß der Galopp nicht in alle Ewigkeit dauert. So dummi ist die Mehrheit des Volkes denn doch nicht, wie es von diesen Zeitungsgründern eingeschätzt wird.

Die obigen Zeilen waren bereits am Dienstag mittag in den Satz gegeben. Als wir heute früh die hiesige bürgerliche Presse zu Gesicht bekamen, trat ein Augenblick der Gedanke auf, einige Änderungen darin vorzunehmen. Aber nur ein Augenblick, denn bei genauerer Prüfung ergab sich, daß es ohne Belang ist, ob unsere Vermutungen in bezug auf die „Eisenbahnzeitung“ zutreffend sind oder nicht. Sterben muß sie auf alle Fälle. Also, während wir getrockneten Blutes dem neuen Schmod entgegenleben, sind der hiesigen bürgerlichen Presse bereits die Tränen in die Augen getreten. Der „General-Anzeiger“ hat sich für die Kosten eines derartigen Unternehmens ausgerechnet und kommt zu dem Schluß, daß es auf die Dauer nicht existenzfähig ist. Er stellt ihm höchstens 5000 Abonnenten in Aussicht, bringt die „hohen Löhne der Arbeiter“ in Anrechnung — die Firma Coleman zählt bekanntlich keinen Pfennig mehr als sie muß — und was der Abschredungsmittel mehr sind. Da ein Kapital von vielen Millionen Mark für eine Zeitung im Ausmaße der Frankfurter Zeitung notwendig ist und bis jetzt erst 510 000 Mark gezeichnet wurden, so fehlt der Generalbumbum die Hoffnung auf das Abschlußabkommen des neuen Blattes, dem auch die Anzeigen nur spärlich zuzuflehen würden. Wie Figura zeigt, ist dem „General-Anzeiger“ die bevorstehende Konkurrenz in die Knochen gefahren. Viel mehr als der Broineid interessiert uns aber die politische Seite, und da finden wir bestätigt, was wir immer gesagt haben: die bürgerliche Presse verfolgt ausschließlich reaktionäre Zwecke. Nachdem nunmehr feststeht, daß die Hauptmatadore Mitglieder der Deutschen Volkspartei sind — Herr Behn machte in der Parteiversammlung Mitteilung über die Vorarbeiten der „Verbreitung“ — und daß also das Blatt eine volksparteiliche Tendenz einschlagen wird, kommt der „General-Anzeiger“ und schreibt frisch und munter, das Programm der neuen Zeitungsmacher gefalle ihm so ausgezeichnet, daß er dieses seit langen Jahren zu dem seitigen gemacht habe. Gollen wir zu dieser Belche mehr Tinte verschwenden? Es ist wirklich nicht nötig.

Noch schwerer in Wägen als der kapitalistische „General-Anzeiger“ sind die „Lübeckischen Anzeigen“. Da ihnen in absehbarer Zeit auch der amtliche Charakter genommen wird, sind sie völlig unzulässig. Sie haben auch allen Grund hierzu, da diese Konkurrenz für sie so viel bedeutet als ein Dolchstoß von hinten, den sie mit ihrer chauvinistischen Politik dem Volke so oft von vorne beigebracht haben. Um zu retten, was zu retten ist, gehen die „Lübeckischen Anzeigen“ her und stellen ein Kasperle-Theater auf. Das ausgesprochen früher national-liberalistische Blatt mit seinem famosen Mitarbeiter v. Graefe, stellt sich hin und magt den Satz zu schreiben, es sei an keine Partei gebunden und verfolge nur vaterländische Ziele. Da hört denn doch die Weltgeschichte auf. Aber man kann dem Amtsblatt schließlich doch nicht böse sein, wenn man keine Hilflosigkeit kennt. Denn weiter unten befindet sich ein Text, der seine Meinung ungenügend beachtet werde. Die „Lübeckischen Anzeigen“ leiden nämlich auch nicht an Abonnentenmangel. Um die Konkurrenz abzuschneiden, schreibt das Amtsblatt:

„Es ist nicht das erste Mal, daß ein Versuch gemacht wird, hier eine weitere Zeitung mit weitläufigem Blätter im Leben zu rufen. Noch stets hat sich der genaue Betrachtung dieser Gedanke als unfruchtbar erwiesen. Ein nicht parteiliches Organ findet hier, wo schon jetzt an keine Partei gebundene Blätter vorhanden sind, keinen Boden und ein Parteiorgan erst recht nicht. Mit Ausnahme des sozialistischen Blattes hat noch jeder Versuch einer Zeitung, Parteiorgan zu sein, ein Verstoß und Plan, dem wir uns trotz aller Unterstellungen von gegenwärtiger Seite fernhalten, zu einer immerwährenden Haltung des betreffenden Blattes geführt, wie sich noch in der jüngsten Ver-

gangenheit gezeigt hat, wo ein hiesiges Blatt sich als dem o- r- tr- a- t- i- s- ch- e- s- P- a- r- t- e- i- b- l- a- t- t- b- e- z- e- i- c- h- n- e- t- e- u- n- d- s- e- h- r- b- a- l- d- w- i- e- d- e- r- a- l- s- p- a- r- t- e- i- u- n- g- a- n- g- e- i- g- e- n- e- r- k- l- ä- r- t- e-.“

Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Artikels angelangt. Das parteiunabhängige Blatt ist die „Eisenbahnzeitung“, die sich bis zur Stunde in Schwelgen hält, das sie früher noch brachen wird. Wir sind also in Lübeck in der glücklichsten Lage, drei unabhängige Tageszeitungen zu besitzen. Das heißt, wer es glaubt. Die Unabhängigkeit gründet sich nur in der Eigenart des Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Gemeinsam streiten sie für den Schutz des Geldsackes und wenn die Größe dieses kein Streitobjekt wäre, könnten die feindlichen Kräfte ruhig dem Vorschlag der „Lübeckischen Anzeigen“ folgen und eine gemeinsame „parteilose Partei“ gegen Demokratie und Sozialismus bilden. Doch bei der Jagd um den größten Beiß gerät man sich in die Haare. Vielleicht kommt es doch noch einmal zu einer Einigung zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei — Dr. Wiper sprach sich in der letzten Versammlung so so zukunftsreich aus — und dann können die „unabhängigen“ Zeitungen durch Maternwechsel bedeutend sparen, vorausgesetzt, daß sich Einigkeit genug finden, um die reaktionären Blätter zu unterstützen. Für die Arbeiterklasse aber heißt es heute mehr denn je: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott — von den Volkserzettern auf der Rechten ist kein Heil zu erwarten. Je mehr Zeitungen sie gründen, desto verlogener und Krupeloser gebärden sie sich.

Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagte am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der verstorbenen Genossen in der üblichen Weise geehrt. Sodann erstattete Genosse Wolfradt die Abrechnung vom 3. Quartal. Einer Einnahme von 54 523 Mk stand eine Ausgabe von 23 707 Mk gegenüber. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Oktober 10 557. Darauf wurde zum Bezirksparteitag in Barnemünde Stellung genommen. Genosse Löwig wies auf die wichtigsten Arbeiten desselben hin und nahm zu den aus der Mitte der Versammlung gestellten Anträgen Stellung. Genosse Salomon bemängelte, daß die Versammlung erst jetzt stattfindet, so daß die Lübecker Anträge zum Bezirksparteitag nicht mehr veröffentlicht werden könnten und sprach sich dann entschieden gegen jegliches Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei aus. Auch in der Protestbewegung der Oberhäuser gegen die Uebergriffe der Polen hätte die Partei nicht mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen zusammengehen dürfen. Die Genossen Löwig, Steinberg und Göhr wandten sich scharf gegen verschiedene Äußerungen des Vorredners, der manches falsch beurteilt habe. Ueber die gestellten Anträge entspann sich eine längere Debatte. Beschlossen wurde, den nächstjährigen Bezirksparteitag nach Lübeck einzuladen. Die zum Parteitag gestellten Anträge über Siedelungen, Ausgestaltung des Bildungswesens, Matseier und Preisabbau fanden Annahme. Alsdann erstattete Genosse Friedrich Bericht vom Parteitag in Kassel. Der Parteitag habe, wie kein anderer zuvor, einen erfreulichen Eindruck auf ihn gemacht. Ein einiger starker Wille habe die ganze Tagung beherrscht. Neue Elemente, die in früheren Jahren manchmal Seitenplätze sich erlaubten, seien nicht in Kassel, sondern in Halle vertreten gewesen. Der Redner ging dann ausführlich auf die wichtigsten Verhandlungen ein. Die Ablehnung der Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei bestehe sich nur auf die Reichsregierung; den Einzelstaaten sei in dieser Frage freie Hand gelassen worden. Stelle sich die Deutsche Volkspartei auf den Boden der republikanischen Staatsform, so sei ein Zusammengehen mit dieser Partei möglich. Sehr beachtenswert sei der einstimmige Protest gegen die von der Entente verhängte Zerstörung der Dieselmotoren. Die Frage sei von großer wirtschaftlicher Bedeutung; der Plan der Entente müsse verhindert werden. Erfreulich sei, daß alle Delegierten aus dem besetzten Gebiete ihre Zugehörigkeit zu Deutschland betont hätten. Der Parteitag habe sich einmütig gegen jegliche separatistische Bestrebungen und Abspaltungsvorläufe ausgesprochen. Die Lübecker Delegierten hätten gegen die Erhöhung der Beiträge für weltliche Mittelglieder gestimmt, weil diese Erhöhung in der Hauptsache eine Belastung der männlichen Mitglieder bedeute. Die meisten weiblichen Mitglieder seien Ehefrauen von Parteigenossen. Bedeutungslos sei auch der Beschluß, daß Parteimitglieder nicht dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, wie überhaupt keiner anderen Organisation angehören dürfen. Den Wünschen der Jungsozialisten habe der Parteitag in weitestgehender Weise Rechnung getragen. Die Bewegung müsse aber im Rahmen der Parteiorganisation bleiben und sich den Beschlüssen der Partei fügen. Wichtige Beschlüsse seien zur sozialen Verbesserung, zur Wohlfahrtspflege und in der Schulfrage gefaßt worden. Ein scharfes Misstrauensvotum sei gegen den Reichswirtschaftsminister Hermann wegen seiner verfehlten und volkschädigenden Wirtschaftspolitik beschlossen worden. Entschieden habe sich der Parteitag für die Sozialisierung eingesezt. Man habe nicht nur die Sozialisierung der Röhre gefordert, sondern sogar im Falle der Ablehnung den Volkswirtschaft verlangt. Für die internationale Politik habe man etwas Festes, ein Mindestprogramm festgelegt, in dem u. a. auch die Revision des Friedensvertrages gefordert wird. Die geschaffenen Richtlinien zur Agrarpolitik seien von weittragender Bedeutung. Er werde darin nicht nur der Konsumenten, sondern auch der Produzenten-Standpunkt gewürdigt. Das neue Parteiprogramm solle dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Genosse Friedrich betonte zum Schluß, daß der Parteitag sehr wichtige Beschlüsse von außerordentlicher Bedeutung gefaßt habe, die für die ganze Partei- und Arbeiterbewegung von größtem Nutzen sein würden. (Lebhafter Beifall.) Ueber die übrigen Verhandlungen wird Genosse Dreger in der nächsten Versammlung berichten. Die Aussprache erfolgt nach dem gesamten Bericht. Zum Schluß fand noch eine längere Aussprache über innere Parteiverhältnisse statt. Zu Delegierten zum Bezirksparteitag wurden die Genossen Brehmer, Ehlers, Göhr und die Genossin Mengel gewählt. Von den Landdistrikten sind die Genossen Ubricht und Kügel als Delegierte gewählt worden.

Zum etatmäßigen Haupt-Polizeiwachmeister sind befördert worden: die überzähligen Haupt-Polizeiwachmeister Wilkahn, Vogelvang, Rindt, Buch, Vennemann und die Kriminal-Ober-Polizeiwachmeister Josten I und Schulz I.

Vorschriften für den Tabakhandel. Im Handel sind vielfach noch tabaksteuerpflichtige Waren vorhanden, die nicht mit den erforderlichen Steuerzeichen versehen sind. Nachdem die durch die nicht rechtzeitige Herstellung der Steuerzeichen anfangs verursachten Schwierigkeiten der Beschaffung von Steuerzeichen nunmehr behoben sind, wird darauf hingewiesen, daß vom 1. Dezember 1920 ab alle Tabakerzeugnisse, die nicht mit den erforderlichen Steuerzeichen versehen sind, rückstandslos eingezogen werden und daß die Besitzer solcher Waren außerdem strenge Bestrafung zu gewärtigen haben. Näheres ist bei den Steuerstellen zu erfahren.

Die Maul- und Klauenseuche ist auf 12 weiteren Gehöften in Absfelde, Schlutup, Krummsee, Dückelsdorf, Gierstraße, Rigerau, Woggensee, Tramm und Wörmöller Wähe ausgebrochen.

Die Maul- und Klauenseuche. Herr Direktor Ernst Albert erucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: In der Bürgervereins-Sitzung hat Herr Aug. Bape angeregt, daß man meine wöchentlichen Forschungen betr. des Uebertragers des Erzeugers der Maul- und Klauenseuche näher treten sollte. Ich bin ihm dafür von Herzen dankbar, den hier handelt es sich um unser Nationalvermögen und da darf keine Forschung unbeachtet bleiben, namentlich wenn sie, wie die meinige, auf genauen Naturbeobachtungen beruht. Bei der Debatte ist Herr Senator Straß ein Interim untergelaufen. Es ist bewiesen, daß die betr. Fliege sich auch in den Ställen der 4 Grad R. entwickelt, wenn auch spärlich. Herr Senat möchte als praktischer Landwirt wissen, daß es nach dem Naturgesetz unmöglich ist, den Seuchenerreger durch Menschen zu übertragen, denn wir Menschen besitzen kein Störorgan, womit wir den Er-

reger in das Blut der Tiere übertragen können. In Wankendorf, wo ich 1911 meine Entdeckung mit Erfolg machte, hat man diesmal trotz meiner Warnung, meine Vorbeugungsmahregeln so spät angewandt. Es ist hauptsächlich eine irrtümliche Ansicht, wenn man sagt, ich hätte ein Mittel gegen die Seuche. Dagegen gibt es keine Mittel, weil man den Erzeuger nicht kennt. Darum habe ich das Uebel bei der Wurzel erfaßt und will den Ueberträger des Erzeugers, welcher wie bewiesen die Fliegen sind, vernichten. Das kann aber nur im Frühjahr durch meine Vorbeugungsmahregeln, die zum Geseh erhoben werden müßten, geschehen, dann wird die Seuche verschwinden. Ich lade die Bürgervereinsmitglieder zu meinem Vortrage, den ich am 6. November im Plegenhäuschen honoris causa halte, ein, damit sie sich ein klares Bild machen können — und Lübeck dann vielleicht der erste Staat ist, wo die Seuche verschwindet.

Das heutige vollständige Konzert im Gewerkschaftshaus ist wieder sehr interessant. Die große prächtige Revolutions-Duett-„Robespierre“ bildet den Höhepunkt. 4 köstliche Märche umrahmen die Darbietungen und der hervorragende Lyrophontriole Herr Willmann mit seiner eminenten Technik wird das Publikum durch eine schöne Phantastik erfreuen. Auch die übrigen Nummern des Programms sind sehr geschmackvoll zusammengestellt.

Stadt-Theater. Auf die Erstaufführung des Shakespeareschen Schauspiel „Maß für Maß“, das für Lübeck völlige Neuheit ist, sei noch einmal hingewiesen. Die Vorstellung ist überaus sorgfältig durchgearbeitet, jedoch auch diesem weniger bekannten Werk des großen Dichters ein völliger Sieg beschieden sein dürfte. Die Spielleitung hat Herr Direktor v. Bongard.

Bei einem Einbruch in die Kasse wurden die Gebrüder A—d in der Bahnhofstraße. Sie hatten ein Zigarrengeschäft beimgekauft. In den Besitz der beiden jugendlichen, bereits vorbestraften Brüder wurden verschiedene Einbrecherwerkzeuge und u. a. auch eine Schusswaffe vorgefunden.

Ein guter Fang. Dienstag nachmittag erregten drei junge Leute den Verdacht eines Kriminalbeamten, als diese einen Handkoffer bei sich führend, mit einem Schiffer verhandelten. Die drei Männer wurden in das Bureau der Kriminalpolizei gebracht, wo man in ihrem Besitze außer einer Reihe scharfer Handgranaten eine vollständige Garnitur Einbrecherwerkzeuge und ein Betäubungsmittel vorfand. Die drei gefährlichen Burken wollen aus Kiel entkommen sein und geben zu, den Vorfall gehabt zu haben, hier Einbrüche auszuführen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Aus dem Fenster gestürzt. Beim Desinen des Fensters ihrer am Kampsweg im 3. Stock gelegenen Wohnung stürzte die sechsundsechzigjährige Witwe Wulf auf die Straße. Im Eppendorfer Krankenhaus konnte nur noch der Tod durch Schädelbruch festgestellt werden.

Neustadt i. S. Bahnbau Gutin-Neustadt. Die städtischen Kollegen sandten eine Kommission in der Frage des Bahnbauens an die Eisenbahndirektion Altona. Nach einer Untersuchung mit einem Vertreter derselben bedarf das Projekt der Strecke Neustadt-Schwartau aus Sparsamkeitsrücksichten der Umarbeitung und kommt zunächst zur Ausführung. Dafür werden Erneuerungsarbeiten an der Strecke Neustadt-Gutin geplant. Die Vorbereitungen sind so gut wie abgeschlossen. Es sind an dieser Strecke 88 000 Kubikmeter Erde zu bewegen. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit soll die Erneuerung der Strecke als Notstandsarbeit ausgeführt werden. Es können aber nur 50 Mann daran beschäftigt werden.

Kiel. Ende des Streiks in der Fischindustrie. Der Streit in der Fischindustrie ist durch Unterzeichnung des Tarifvertrages zwischen beiden Parteien beendet worden. Die Spigenlöhne betragen jetzt 3,70 Mk. für Männer und 3,50 Mk. für Frauen. — Der Streit auf den Howaldtswerken geht weiter. Die am Montag stattgefundenen Verhandlungen vor dem Lohn- und Arbeitsamt sind gescheitert.

Bremen. Ende des Staatsarbeiterstreiks. Die Dienstagsversammlung der Staatsarbeiter hat beschlossen, den Vermittlungsvorschlag des Vertreters vom Reichsarbeitsministerium anzunehmen und Mittwoch die Arbeit in den Staatsbetrieben wieder aufzunehmen. Der Senat hat ebenfalls den Vermittlungsvorschlag in Sachen der Staatsarbeiter anzunehmen beschlossen. Die städtischen Theater beginnen Mittwoch wieder zu spielen. Das Werkstättenpersonal der Straßenbahn hat die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Neueste Nachrichten.

Die russische Propaganda in Deutschland.

II. Berlin, 27. Oktober. Der „D. A.“ berichtet von großen Verkäufen russischer Juwelen im Betrage von zusammen 8 1/2 Millionen Mark, die ein russischer Agent durch einen Vermittler vorgenommen hat, und deren Erlös dann dem Jahmeißler der Sowjet-Verbreitung, Segelmann, für Propagandazwecke übergeben wurde. Im Zusammenhang mit dieser Propaganda teilt das Blatt mit, daß der Ansehen bestehe, als sollte für die Monatswende Oktober-November eine neue große Streikbewegung entzündet werden.

Die Gefahr eines Bauverbots für die Dieselmotoren abgemeldet.

II. München, 27. Oktober. Auf eine Anfrage nach dem Stande der Dieselmotoren-Vorgehen erklärte Handelsminister Hamm gestern im Landtage, daß die Gefahr eines Bauverbots von Dieselmotoren als abgemeldet bezeichnet werden kann. Die Reichsregierung wird aber auch weiterhin nicht unterlassen, um die Gefahr einer Zerstörung der ursprünglich für U-Boote gebauten, aber nach dem Friedensvertrage zur Verwendung für gewerbliche Zwecke freigegebenen Motoren abzuwehren.

Beschärftete Vorgehen gegen den Wucher in Bayern.

II. München, 27. Oktober. Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, gegen den Wucher- und Schleichhandel mit außerordentlich verschärften Strafbestimmungen vorzugehen. Eine neue Verordnung, die von der bayerischen Regierung auf Grund der Ermächtigung des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen wird, bedroht die gewerbsmäßige Ausnutzung der allgemeinen Notlage, soweit sie schädliche Gewinnsucht verfolgt und geeignet ist, eine erhebliche Gefährdung der Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeizuführen, mit Justizhaus, Cheverluft, Konfiskation des Uebergewinns und des gesamten Vermögens sowie mit der Stellung unter Polizeiaufsicht und öffentliche Brandmarkung.

Mobilisierung in Sitanen.

II. Paris, 27. Oktober. Sitanen hat eine Mobilisierungsordre erlassen, welche der General Rakigowski damit begründet, daß die Regierung von Romo die Absicht hätte, das Territorium von Wilna, Grodno und Lida zu besetzen.

Briefkasten.

G. F. Das können wir Ihnen auch nicht sagen. Es ist aber anzunehmen, daß es sich lediglich um eine verwaltungstechnische Maßnahme handelt.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Brennholz
in allen Sorten, (8688)
in Kloben gesägt u. feingemacht,
liefert zu den billigsten Tagespreisen.
Piehl & Fehling
Kohlenabteilung
Fernruf 1033 u. 968.

Ich habe mich in Lübeck als
Rechtsanwalt
niedergelassen.
Meine Büreaudäume befinden sich
Breite Straße 44, I. (Tel. 8515)
Dr. jur. Carl Hahn,
Rechtsanwalt.
Wir haben uns zur gemeinsamen Ausübung der
Anwaltspraxis vereinigt.
Dr. jur. et phil. Geister, Dr. jur. Hahn,
Rechtsanwalt und Notar. Rechtsanw.
(8664) Bureau: Breite Straße 44, I.

**Einmal hin,
einmal her**
Mit Ankerlin putzt
sich's nicht schwer,
Wer jemals den
Versuch gemacht,
Lobt laut der Stiefel
schwarze Pracht. —
Von Posemann bis
Berlin
Benutzt drum gern
man
ANKERLIN.
Fabrik: Schmitt & Förderer
Cassel-W. (8652)
Vertreter Fr. Storm, Lübeck.

Aufklärung!
Waram raten voreingenommene Aerzte
und gewissenlose Ignoranten von der
Anwendung des Rad-Jo zur Erzielung
einer leichten und oft schmerzlosen Ent-
bindung ab? — Aufklärende Schriften
erhalten alle werdenden Mütter kosten-
los u. franko zugessandt. Eine ausfüh-
rliche Broschüre gegen Einsendung von
Mk. 2.— franko in Briefmarken oder
Papiergeld. Die Wahrheit über das segens-
bringende Mittel Rad-Jo für werdende
Mütter muß ans Licht kommen!
Rad-Jo-Versand-Gesellschaft
m. b. H., Hamburg, Radjoposthof 16. (8648)

J. L. Würzburg, Lübeck,
Wahmstraße 22 a,
Einkauf roher Felle, Pferdehaare,
Schafschweiße usw.
zu höchsten Tagespreisen.
Annahme von Pelzfellen zur Gerbung.

**Beste
Buchen - Retorten - Holzkohlen**
(Plättkohlen)
Liefert jedes Quantum frei Haus u. ab Lager
Robert Gerdtz, Kohlenhandlung,
Königsstraße 81. (8662)

Wiederverkäufer und Wirte
Tabake u. Zigaretten
zu Fabrikpreisen.
A. Dreessen
Königsstraße 6. (8666)

von weittragender Bedeutung ist die des Wellsiebes für Grubeöfen und Grudeherde.
Das Wellsieb verbürgt 100 Prozent Mehrleistung.
Sehen Sie sich
Rieschels Patent-Grudeheizöfen und Patent-Grudeherde
mit Wellsiebfeuerung
an bei
Adolf Borgfeldt, Lübeck, Mühlenstr. 36-44. (8661)

Der billige Damenschuh
für
ist wieder 84⁵⁰ vorrätig.
Außerdem einige Beispiele meiner äußerst vorteilhaften
Schuhwaren!

Dam.-Spangenschuhe kurzes Vorblatt mit 1 Spange 98⁵⁰	Damen-Stiefel schicke Form mit Stoffeinsatz 95⁰⁰
Elegante Halbschuhe mit Lackvorblatt . . . 98⁵⁰	Chevreanstiefel mit Lackkappe . . . 165⁰⁰

DAMEN-KONFEKTION

Mollige Wintermäntel a. schwer. Flauch- stoffen in hübscher solider Machart . . . 295⁰⁰ 425.00 348.00	Kostümröcke aus wollgemischten Stoffen in schlicht und # . . . 59.00 34⁵⁰
Blusen in baumw. Flanell in hellen u. dunklen Dessins 59⁰⁰ 69.00	Kostümröcke nur gute, tragfähige Qualitäten in schwarz, blau u. farbig 125⁰⁰ 148.00

Hans Struve Rendsburg
Neumünster
Itzehoe
Lübeck, Königstraße 87/89, Ecke Wahmstraße. 8662

!!! 26 Danwartzgrube 26 !!!
Tel. 1472
Wie bekannt
zahlte hauernd für Stuh-, Schweif-, Pferdehaare,
Gäsen, Kanin-, Jitis-, Fuchs-, Warden-, Schaf-,
Kalb-, Ziegen- und Rehfelle sowie sämtliche Produkte
höchste Tagespreise.
R. Lissauer, 26 Danwartzgrube 26.

Von Internationaler Bibliothek
sind wieder vorrätig:

C. Marx, Kapital, I. Band	Mk. 25.—
„ Theorien über den Mehr- wert, II	11.—
„ Theorien über den Mehr- wert, III	10.50
Simon, Gesundheitspflege d. Weibes . . .	12.—
A. Bebel, Die Frau u. der Sozialis- mus	15.—
A. Bebel, Aus meinem Leben, 3 Bände . .	42.—
Friedr. Engels, Der Ursprung der Familie	10.50

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Dr. Georg Flatow,
Kommentar zum Betriebs-
rätegesetz
ist für jed. Interessent unentbehrlich.
60.000 Tausend. Brosch. 2, geb. 11 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Pa. Ledersohlen
aus Treibriemen-Abfällen
empfiehlt billigst
F. Brons,
Lachwehr-Allee 5a, I.
Fernsprecher 466. (8658)

Schlafstüb.-Einrichtung
und Küche, neu, eichen
lackiert, gute Arbeit, billig
zu verkaufen.
8647 Depenau 8.

Charleville.
Dunkle Punkte aus dem
Etappenleben.
Von Dr. Wilhelm Appels,
Borrmann.
Mk. 1.80.
Buchh. Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Anzeigen
für kleine und
answärtige Zeit-
ungen und Zeit-
schriften vermit-
telt zu Original-
preisen
Die Geschäftsstelle des
„Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 46.

Orchester des Vereins der Musikfreunde
Volkstümliches Konzert
am
Mittwoch, 27. Oktober, 7 1/2 Uhr:
im Gewerkschaftshaus.
Vorverkauf wie gewöhnlich und Basson, Zigerren-
geschäft, Beckergrube 49. (8668)

Jeden Donnerstag:
Adlershorst. Tanz (8669)

**Sanitäts-
Verband.**
**General-
Versammlung**
am Donnerstag, dem 28. Oktober
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom III.
Quartal 1920.
2. Innere Kassenangelegen-
heiten.
8680) Der Vorstand.

**Achtung!
Haus- und Schiff-
zimmerer.**
**Gemeinschaftliche
Versammlung**
am Donnerstag, dem 28. Oktober
abends 7 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Wichtige Tagesordnung.
Erfahrungen dringend not-
wendig.
8674) Die Vorstände.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten.
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 8649

**Deutscher
Transportarbeiter-
Verband** 8687
Ortsverwaltung Lübeck.

Metallbetten. (8686)
Stahlbrautmatraz., Kinder-
bett, Polst. a. Federm., Rat. fr.
Eisenmöb.-Fabr. Suhl i. Th.
**Wer zahlt die höchsten
Preise für
Brilliant, Platin, Brennstifte
alle Gebisse (auch zer-
brochene)?
Gold u. Silber (auch Bruch)?
Nur Willi Westfahl, 32
(8646) Goldstr. 32**

Versammlung
fünftlicher in der
**Schleppschiffahrt
Beschäftigten**
am Donnerstag, dem 28. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Lohnfakt.
Die Ortsverwaltung.

K.-A.-Seifenpulver
wieder vorrätig, Pfund
nur 3.00 Mk. (8688)
Seifenhaus Spithmann,
Beckergrube 17,
Meierstraße 28a.

Fledermaus
8 Uhr
(8670)
Sehenswerte Bar.
alle Mixedgetränke.

Anfertigung sämtl.
DAMENKLEIDER
Marlstraße 94a. (8655)

Hansa-Theater
Heute 7 1/2 Uhr (8691)
Außer Abonnement.
Zigeunerliebe.
Operette in 8 Akten
von Behar.

Scouringe
mass. Gold fugenlos
383 von Mt. 67 an
585 150 an
900 280 an
Weder (8698)
rein Weissing.
von Mk. 39.— an.
Hermann Vob
Uhrm.- u. Juwelier.
36 Breite Str. 36
und Holstenstr. 2.

Stadttheater Lübeck.
Mittw. B. D. u. 6. B. i. S. 26.
Röse Bernd. 7 Uhr.
Donnerst. B. C. u. 6. B. i.
S. 2. Was für Was. 7 U.
Freit. B. D. u. 6. B. i. S.
26. Sindertragödie. 7 U.
Sonnab. B. D. u. 6. B. i. S.
26. Andine. 7 U. (8671)

Mängel in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Das am 1. Januar 1918 in Kraft getretene Versicherungs-gesetz für Angestellte schrieb in § 183 vor, über die eingehaltenen Beiträge werde durch Beitragsmarzen quittiert. Diese Vorschrift wurde noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes durch eine Bekanntmachung des Reichsfinanzministers außer Kraft gesetzt und angeordnet, daß lediglich der Unternehmer, bei dem der Angestellte beschäftigt ist, diesem zu becheinigen habe, die Beiträge seien an die Versicherungsanstalt für Angestellte eingeschickt worden.

Damit hat der Angestellte noch keinen Nachweis, daß der Unternehmer wirklich die Beiträge an die Versicherungsanstalt entrichtet hat und sie von dieser ordnungsmäßig zu seinen Gunsten verbucht worden sind. Das sah auch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein und versprach, den Versicherten regelmäßig jährliche Kontoauszüge zuzuschicken. Diese Kontoauszüge sollte der Versicherte prüfen und der Reichsversicherungsanstalt zur eventuellen Richtigstellung ihrer Bücher zurückschicken.

Tatsächlich ist jedoch der Plan, die Kontoauszüge zu verschicken, niemals durchgeführt worden. Man hatte zwar Ende Juni 1914 angefangen, solche Buchungsauszüge zu verschicken, es aber in den ersten Kriegsmonaten eingestellt, dann um Mitte November 1914 von neuem aufgenommen. Nach dem Geschäftsbericht für 1914 waren bis zum Schluß des betreffenden Berichtsjahres nur 418 177 Kontoauszüge versandt worden, die den Stand von Ende 1913 wiedergaben.

Nach dem Geschäftsbericht für 1915 hatte sich die Zahl der verschickten Kontoauszüge über den Stand von Ende 1913 auf 974 458 erhöht, die zu einem Teil von den Versicherten beanstanden worden waren. Die Reichsversicherungsanstalt teilte gleichzeitig mit: „Für die Richtigstellung der Versicherungskonten haben sich die Kontoauszüge als äußerst wertvoll erwiesen; offenbar haben sie auch bei den Versicherten allgemeinen Anklang gefunden.“ Weiterhin heißt es: „Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse ist im Berichtsjahr von einer allgemeinen Versendung von Kontoauszügen für den Schluß des Jahres 1914 Abstand genommen worden. Sobald die Geschäftslage es gestattet, wird die zweite Versendung erfolgen und, wenn möglich, zugleich für zwei Beitragsjahre, 1914 und 1915.“

Diese Absicht ist jedoch nicht ausgeführt worden, denn im Geschäftsbericht für 1916 heißt es kurz und bündig: „Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse mußte im Berichtsjahre von einer allgemeinen Versendung von Kontoauszügen Abstand genommen werden.“

Im Geschäftsbericht für 1917 wird berichtet, daß die Versendung von Kontoauszügen noch nicht geschehen sei. Es werde „jedoch mit der Versendung für Ende 1917 in den einzelnen Buchungsstellen begonnen werden, sobald die im Januar 1918 eingegangenen Beiträge verbucht sind und das Beitragsjahr 1917 abgeschlossen ist.“

Der Geschäftsbericht für 1918 teilt mit, es habe „mit einer allgemeinen Versendung von Kontoauszügen nun erst begonnen werden können, und zwar wurden 115 062 Kontoauszüge versandt.“

Auch der jüngst erschienene Geschäftsbericht für 1919 muß wiederum bekennen, daß es noch immer bei der bloßen Absicht der Versendung von Kontoauszügen geblieben ist. Es heißt nämlich: „Im Berichtsjahre konnte eine allgemeine Versendung von Kontoauszügen nicht durchgeführt werden. Die Mitteilung über die Umgestaltung der Buchungsabteilung lassen erkennen, daß das Buchungsgeschäft technisch auf eine andere Grundlage gestellt wird. Umfangreiche besondere Arbeiten, zu denen die Versendung von Kontoauszügen gezählt wird, mußten infolgedessen unterbleiben. Im Jahre 1920 soll aber sämtlichen Versicherten ein Kontoauszug zugestellt werden, nachdem eine Abstimmung zwischen der Versicherungsanstalt und dem hier geführten Versicherungskonto herbeigeführt und die Anrechnung der Kriegsdienstleistungen sowie die Berücksichtigung von Erlassungssachen erfolgt ist.“ Nach den bisherigen Erfahrungen wird man nicht glauben können, daß das Direktorium das immer wiederholte, aber niemals eingelöste Versprechen erfüllen wird.

So saumäßig das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in dieser Beziehung gewesen ist, so eifrig ist es mit seiner Arbeit hinter den Kulissen, sich eine noch größere Macht anzueignen, als es bisher schon gehabt hat. Nach dem Vorgehen, daß für die Versicherten die Selbstverwaltung eingeführt werden müsse, erstrebt das Direktorium nicht anderes, als eine völlige Verbureaufkräftigung der Angestelltenversicherung. Das bisherige Geschäftsgebahren der Anstalt läßt indes erkennen, daß das Direktorium nicht einmal das Vertrauen gerechtfertigt hat, das man ihm bisher gewährt hat, und daß es daher ganz unmöglich ist, diesem Direktorialbureaucratismus weitere Zugeständnisse zu machen. Was erforderlich ist, ist eine wirkliche Selbstverwaltung, d. h. eine Verwaltung der Angestelltenversicherung durch die Versicherten.

Das Spiel mit dem Menschenleben.

Von der „Freiheit“, dem Organ der Berliner Rechts-„Unabhängigen“, wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß der Offener Linksunabhängige Dr. Stern deshalb bei der Arbeiterschaft des Ruhrreviers größtes Mißtrauen erregt habe, weil er die Parole: „Bis zum letzten Blutstropfen!“ noch in dem Augenblick ausgegeben habe, als schon die Reichswehr unvordenklich vorrückte. Als es jedoch kritisch wurde, zog sich Herr Stern zurück und überließ den Helldenkern der Vaterlandspartei und ähnlichen Durchhalte-Organisationen und Vereinigungen zur Niederringung irgend eines Landes erfolgreich angewandt. Daß sie jetzt in solchen Parteien, die behaupten, die Arbeiterschaft zu vertreten, aufgenommen, ist auf das Tiefste zu bedauern.

Die Verachtung des Menschenlebens spielt überhaupt — und zwar besonders in der kommunistischen Partei — eine bedeutende Rolle. Wenn die Spaltungsbegründung der „Unabhängigen“ im Weltkrieg überhaupt eine innerliche Berechtigung hatte, so verschaffte ihr die starke Unterstreichung des radikal-pazifistischen Gedankens Sympathien in der Arbeiterschaft. Der Gedanke von der Heiligkeit des Menschenlebens, von der Verwundbarkeit aller Kriegführenden durch das gemeinsame Band des Menschentums hatte unbedingt etwas Großes, und umso widerwärtiger und unföhner wirkt die Verachtung, die die Kommunisten und ihre links-„unabhängigen“ Nachbeter heute allen den Menschenleben entgegenbringen, die sich politisch nicht in der K. P. D. organisiert haben.

Die völlig mißverständene Lehre vom Klassenkampf in der Leninischen Auslegung besagt bekanntlich, daß der Klassenkampf in einem gewissen Stadium des Gesellschaftszustandes in den Bürgerkrieg übergeht, und noch halten die menschenfeindlichen Worte des russischen Herolds Sinowjew in aller Ehren wider. Wir erinnern uns, daß im Krieg Adolf Hoffmann nicht ein einziges Mal die Tribüne des Preussischen Landtages verlassen konnte, ohne flammenden Protest gegen das Massenmorden erhoben zu haben. Wir erinnern uns jedoch nicht, daß er von seinem Protest die ermordeten Angehörigen anderer politischer Parteien als der „Unabhängigen“ sozialistischen ausnahm, und könnten Adolf Hoffmann eine solche Kohheit nicht einmal zutrauen. Heute jedoch vergeht nicht eine Rede, in der er nicht zum Bürgerkrieg aufruft und, getreu nach Mostauer Diktat, die Ermordung der feindlichen Bourgeoisie predigt.

Demgegenüber hat die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ihren proletarisch-pazifistischen Standpunkt zu erklären. Ihr ist jedes Menschenleben heilig, und jeder Mord ist ihr gleichmäßig verhasst. Sie fragt nicht, ob der Ermordete ein Bürger oder ein Proletarier war. Nur wer die kommunistischen Mordtaten in Rußland verurteilt, hat das moralische Recht, die Morde der Weisterroristen in Szorhy-Ungarn zu verurteilen, während die Proteste der Hoffmann und Genossen nicht anders denn als Heuchelei anzusehen sind. Die Kommunisten, die die Abschächtung ihrer bürgerlichen Gegner fordern, verfallen in die Kinderkrank-

heit der Sozialdemokratie, deren Angehörige, namentlich so weit es sich um wenig gebildete Arbeiter handelte, in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts die Maschinen zerstörten und die Kapitalisten totschlagen wollten, weil sie nicht erkannt hatten, daß nicht die einzelne Maschine, nicht der einzelne Kapitalist ihr Todfeind sei, sondern das System als Gesellschaftserscheinung zu bekämpfen sei. Heute ist die Sozialdemokratie über dieses Stadium des unwissenschaftlichen Sozialismus hinausgekommen, und sie hat nicht die Absicht, sich durch unreife kommunistische Wirkkräfte in jene überwundenen Zeiten zurückzuschleudern zu lassen.

Aus dem Freistaat Lübed.

Mittwoch, 27. Oktober.

Vom Juder.

Lübed wird in den nächsten Tagen oder Wochen ohne Juder sein. Das heißt, ganz richtig ist dieser Satz nicht. Wer genügend Geld und gute Geschäftsfreunde hat, kann sich aus dieser Kalamität so lange mit „Auslandsjuder“ behelfen. Gewiß sind die Mengen Juder, die so unter der Hand verflopfen werden, im Verhältnis zum Allgemeinverbrauch klein, aber wenn man die Posten für das ganze Jahr zusammenrechnet, dann kommt doch ein ganz nettes Gewicht heraus. Juder ist seit langem ein begehrtes Handelsobjekt, ein Tauschartikel, der hoch im Kurs steht. Wer z. B. nach Mecklenburg fährt und Brot hamstern will — von Schönberg aus wird in dieser Beziehung allerlei unternommen — braucht nur die Juderküte mitzunehmen, dann wird er nicht leer wiedertreten. Aber wer kann von seiner knappen Zuderation noch etwas abgeben? Jede Hausfrau ist doch froh, wenn sie halbwegs damit auskommt. Für die Enttäuschung, die die Hausfrauen bei der Antündigung des Landesversorgungsamtes hatten, sollen sie entschädigt werden. Es gibt mehr Juder — sobald er da ist. Wir begrüßen die vergrößerte Ration, die daraus resultiert, daß wie nachträglich behauptet, der Zuderkonsum von 17 auf 22 Millionen Zentner gestiegen ist. Hierzu sollen noch 4 Millionen Zentner Vorräte treten. Ein erfreuliches Zeichen, aus dem Feinde der Zwangswirtschaft mit egoistischem Gemissen alsbald wieder die Forderung auf Beseitigung der Zuderkonsumwirtschaft verstärkt erheben werden. Das könnte dann wieder ein schönes Jaagen geben. Das Gros des Volkes könnte dann wie jetzt beim Fleisch die Auslagen betrachten und sich den Mund wischen. Wir trauen der sozialistenreinen Regierung vieles zu, diesen Streich wird sie aber kaum wagen. Es ist schon reichlich genug, daß sie den Artikel auf nahezu 4 Mark pro Pfund „versüßte“. Das merken die Frauen deutlich. So schreibt der Kleiner Zeitung eine Hausfrau u. a.:

„Während seit Monaten von einem Abbau der Preise gesprochen wird, müssen wir Hausfrauen fast täglich ein Anziehen der Preise für die verschiedensten und wichtigsten Lebensmittel feststellen. Und damit mehrt sich die Sorge um die Frage: „Was essen wir heute?“ Es mehrt sich die Sorge um die Frage: „Wie strecke ich die Einnahmen, um eine vielköpfige Familie trotz steigender Lebensmittelpreise gesundheitslich einwandfrei zu ernähren?“ Eines der wichtigsten Kapitel auf diesem Gebiete scheint mir nun die Zuderfrage zu sein. Mit einer letzten Ration haben wir den Sommer mit seiner reichen und ach dennoch so teuren — Obst- und Gemüseernte dahingehen sehen, ohne die Möglichkeit einer mittelmäßig und gesundheitslich rationalen Behandlung des Obstes. Es fehlt der Juder! Was zu wenig Juder für einen Haushalt mit Kindern bedeutet, was das für alle alten, kranken und schwachen Menschen bedeutet, das bedarf unter uns Frauen wohl kaum einer Erwähnung.

Nun ist es unzweifelhaft, daß alle Entbehrungen, deren Quelle man kennt, und die man als unabänderlich anerkennt, meistens ohne Murren von der Bevölkerung getragen zu werden pflegen. Aber wie verhält es sich mit dem Juder? Eigentlich vermag niemand einen wirklich stichhaltigen und erschöpfenden Grund dafür anzugeben, daß den Haushaltungen nur so wenig von diesem so überaus wichtigen Lebensmittel überwiesen werden kann. Mit dem Gedanken, daß Juder, im Haushalt verwandt, ein Luxus sei, damit ist doch wohl schon lange von diätetischen wie von volkswirtschaftlichen Standpunkte ausgeräumt worden. Schon vor dem Kriege wurde immer wieder von Ärzten auf den großen Nährwert des Zuders und seine Wichtigkeit beim Aufbau des menschlichen Körpers hingewiesen. Und nun erst gar seit den Tagen der Fettknappheit! Sollen der Juder nicht geradezu Deutschland geschenkt zu sein, um den Fettmangel illusorisch zu machen? Damals sollten wir Heberlauf haben. Man las es in allen Zeitungen. Ja,

Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

29. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Einmal sprach er zusammen. Da war eine Stimme in ihm wach geworden: Hüte sie, daß sie nicht den Weg der Mutter geht! Und eine Zeitlang beobachtete er sie mit banger Angst, ob da wohl jemand sei, dem ihr Herz sich zuwenden könne; und ob gar sie selbst schon eine liebe Heimlichkeit hätte und pflege. —

Aber so langsam er sie auch überwachte, kein hütendes Gewissen fand keinen Halt, da es hätte laut werden müssen.

Und dann machte er sich selbst Vorwürfe und meinte, es läge einem solch ängstlichen Gefühl ein Arzwohn zugrunde, der beide, Mutter und Tochter, verlesen müßte, wenn sie davon erführen.

Da hieß er denn sein Herz schweigen und baute sein Vertrauen auf die Reinheit ihres Herzens.

An einem Spätnachmittage, da er schreibend an dem rosenüberdachten Tischlein vor seinem Hause saß und er nachdenklich über die Wiesen hinsah, stuchte er doch. Da wanderte seine Tochter mit einem jungen Manne langsam dahin, sorglos, als dürfe und müsse das so sein, und sei nichts dabei.

Dann aber lächelte er fein, und er glaubte den Grund zu den Träumereien des Mädchens gefunden zu haben. Und er wollte auch nicht den heimlichen Beobachter spielen, er trat auf die Straße und winkte den beiden zu, die langsam näher kamen.

Guten Tag, Herr Pastor! rief er. Die beiden traten auf die Straße mit hellen, frohen und arglosen Augen, wie Kinder, die in der Sonne stehen.

Da bringe ich Ihnen Ihre Tochter wieder; ich fand sie vagebündierend am Waldestande; keine Wegblume war vor ihr sicher! Da schauen Sie hin! scherzte er.

Und wirklich hielt das Mädchen einen großen Strauß bunter Wiesen- und Waldblumen.

Sie waren für Mütterchen bestimmt! sagte sie und schritt ins Haus.

Der Pastor sah ihr wohlgefällig nach. — Dem Vater entging dieser Blick nicht.

Nichts geht über den köstlichen und wunderbaren Duft einer jungen Menschenblüte, sagte der Pastor langsam wie in sich hinein.

Und sein Knebel ist größer, denn die Entweihung eines solchen Heiligtums! ergänzte Schröter.

Da sah ihn der junge Pastor einen Augenblick in ratlosem Erstaunen an, sagte aber kein Wort.

Aber Schröter verstand diesen Blick: „Das sagst du, der du ihre Mutter! —“ Da fühlte er wieder die alte Last, und sie schmerzte ihn sehr; und er empfand ihr Gewicht drückender denn je. Und ein kleiner freudiger Glücksschimmer, der vorher in seinem Herzen aufgeklommen war, verschwand jäh hinter den dichten, dunklen Wäldern einer Unmöglichkeit.

Als Schröter beschloß, auch bei dem Kinde ein etwa vorhandenes zartes Pflänzlein auszureißen, solange es noch schmerzlos geschehen konnte. —

Gertrud, liebes Kind, hat er sie nachher, sich mich einmal recht an, bist du gern mit dem Pastor spazieren gegangen, ich will's dir nicht verbieten; aber laß nicht blühen, was doch nicht reifen wird! — Und seine Stimme durchzitterte eine wehe Traurigkeit.

Das Mädchen schwieg und sah den Vater hilflos an. Blöhlisch lächelte es hell und kindlich: Aber Väterchen — und sie ergriff seine Hand und legte sie auf ihr Herz — da fühle, ob es einen zarten Schlag tut. Der Herr Pastor ist lieb und gut, aber —

Nun, aber — — ?

Aber er ist noch so schreckhaft jung; nein, wenn mir einer gefallen sollt, da müßte er schon so sein wie du, so reif und so gut!

Nun mußte auch der Vater lachen: Kind, willst du einen alten Mann heiraten; ich bin über die Bierzig, und der Pfarrer wäre dir schon im Alter recht, ich schätze ihn auf achtundzwanzig.

Und ich bin ein junges Dummerchen, was sollte ich mit einem Manne, der mir gleich wäre! . . .

Das Hen lag in langen Reihen auf den Wiesen, der Roggen stand in Steilen, ein schwerer, reifer Duft lag auf dem Lande. Das war die Zeit der blanken Eisen. Schneidezeit! Reifezeit! Erntezeit! Die Wälder lagen hungrig in das Land; die Wälder standen hemdärmelig davor und warteten auf die vollen Säde. Und wenn der Bauer an den Lehren vorbeisritt und sie prüfend durch die Hände gehen ließ, da nickte er frohgemut; das Jahr hatte Saat und Mähen reichlich gelehnet.

An einem Wiesenrande saß Gertrud Schröter, ein heller, großer Strohhut schattete ihr Gesicht. Die Knie hatte sie hochgezogen und die Hände darumgefaßt. So saß sie und sah den glänzenden Himmel, daran ein kleines, welches Segel war. Und ein dunkles, mädchenhaftes Träumen ging wohl mit ihren Blicken zu diesem seltsamen Wäldlein und folgte ihm und flog ihm voran, zu den Felsen der Seligen, da alles Sehnen restlos in Erfüllung ging.

Um sie floßen Duft und Glanz des Sommers, ein großer bunter Schmetterling brumnte über ihr. Fern klang ein Senfentingen über das Land, der nahe Wald rauschte leis, ein Erntewagen knarrte über den Weg und lärmend flog im Folge ein Häger auf.

Das Mädchen hatte sich in seine Träume eingesponnen. Es sah und sah auch nicht, wie ein Mann langsam den Weg entlang schritt.

Da sah der Mann auf sie, er stockte und blieb stehen. Er rief er halblaut und trat einige Schritte vor.

Das Mädchen wandte sich erschrocken um. Der Herr küßte seinen breitbäugigen Hut. Verzeihung, daß ich Sie gestört habe. Eine Ähnlichkeit, eine sehr starke Ähnlichkeit mit einer bekannten Dame hat mir den Ausruf entlockt!

Ich wohne in Holthausen, und sie wies auf die Kirchturmspitze, die fern hinter den Feldern aufragte.

Der Fremde nickte, als wisse er das.

Ja, und die Bahn läuft dort jetzt und manch liebe Menschen wohnen dort!

Sie kennen mein Dorflein?

Ich war vor awanzig Jahren einmal dort. Eine lange, witzige Zeit liegt zwischen dem Damals und Heute, lange böse Wanderjahre — — —, das sprach er veronnen und gedehnt, wie zu sich selbst, aus tiefer qualvoller Erinnerung heraus.

Gertrud war aufgestanden; sie sah in ein Paar leidvolle, müde Augen. Ein großes Mitleid überkam sie.

Sie sind durch viel Not gegangen!

Durch sieben Höllen und bin doch nicht in den Himmel gekommen!

Er schritt langsam voran, und Gertrud blieb unwillkürlich an seiner Seite. Und der Fremde neben ihr erzählte, wie er nach schwerer Krankheit lange Jahre fleh und elend durchs Leben gegangen und erst nach und nach völlig gesund sei. Wie er dann drüben in Amerika in toller, wüster Arbeit Vergessenheit vom bitteren Weße suchte und nun das Heimweh ihn wieder in das deutsche Land getrieben, und wie er, da er von diesem Kurhotel gehört, der Lodung nicht habe widerstehen können und nun hier sei.

Gertrud schritt neben ihm hin, still wie ein Kind. Sie meinte ihm immer ein liebes Wort sagen zu müssen. Und wußte doch nicht zu helfen. Das machte sie traurig.

Sie tun mir so leid! sagte sie endlich.

Sie liebes Kind! sagte der Fremde und sah sie voll an. Ihr Blick tut mir wohl, haben Sie vielen Dank!

Die reichte ihm gefühlsmäßig die Hand zum Abschied. Er hielt sie.

Diesen Nachmittag will ich segnen: und nun leben Sie wohl!

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung.

Dem Bäckermeister Friedrich Hennscke, Watenig mauer 8a, ist gemäß Verordnung über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauches vom 22. Mai 1920 wegen Unzuverlässigkeit der Mehlbezug gesperrt und ihm der Handel mit Brot untersagt worden.

Lübeck, den 27. Oktober 1920. (8721)

Das Landesverwaltungsamt, Abt. I.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am 26. 10. starb unser Kollege
Paul Biebow.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Beerdigung Sonnabend, d. 30. 10., 2 1/2 Uhr, Vorwerk Friedhof. (8720)
Die Ortsverwaltung.

Mehrere **Büßschweine** von 70-100 Pfund schwer, zu verkaufen.
H. Stapelfeldt, Krempelsdorfer Allee 80. (8728)

3 Satz **Ferkel** preiswert zu verkaufen.
J. Klüwer, (8729) Schwart. Allee 188.

Verloren **Portemonnaie** von d. Böttcherstr. b. Fischergrube ob. Kupferschmiedestr. Abzugeben geg. Belohnung (8722) Böttcherstr. 15.

H. Schultz, Uhrmacher, **Johannisstraße 20.** Garantie-Wecker, Nr. 42.—, Franzeinge 335-585 von Mk. 45.— an. (8702)

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die reichen Kranzspenden, dem Schüler-Fußb.-Club „Germania“, Herrn Pastor Stülken für die trostreichen Worte beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes Bruno danken herzlich (8712)

G. Fick und Frau Klappenstr. 18. aeb. Meyer. Möbl. Zimmer zu vermieten (8717) Brienstr. 15. I.

Zu verk. ein Paar starke Arbeitsschuhe, Größe 44. (8718) Raabe, Brienstr. 18. Kinderswagen zu verkauf. (8728) Seerich, Schwartauer Straße 41.

Z. verk. Fahrrad ohne Gum. Kachelofen und Herdplatte mit Drahtgittern. (8726) Bahnerstr. 4a.

1 Chaiselongue preisw. z. pf. (8704) Brienstr. 31 II.

Zu v. Wint.-Schliff, Gr. 44. (8705) Brienstr. 25 II.

Gut erhaltenes D.-Fahrrad billig zu verkaufen. (8507) Brienstr. 11 ptr.

Kaufe 1,1 franz. Widder. (8715) Kottmischstr. 55, II., r.

Billig! Billig! Fahrradmäntel u. Schläuche, beste deutsche Fabrikate, empfiehlt L. Schöning, Westhoffstraße 57. (8726)

Billig! Billig! Zur Mühle, Bedergrube 61. (8721)

Geräucherhühne	Pfd. 4.80
Paragries, gelb	Pfd. 2.80
Orties, weiß	Pfd. 3.50
Sago, weiß	Pfd. 4.50
Sagomehl	Pfd. 4.50

Jugend-Liederbuch Mk. 2.00 wieder vorrätig. Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Gesellschaftshaus „Weißer Engel“ Ratzeburger Allee 29, Endstation Linie 1. **Sonnabend, den 30. Oktober 1920**
Gr. Lumpen-Ball des Personals der Heilanstalt Strecknitz. Anfang 6 Uhr. Ende ?? (8709) **Das Komitee.** Vorverkauf Kartenskarte 3 Mk., an der Kasse 4 Mk. Damenkarte 2 Mk., „ „ „ 3 Mk.

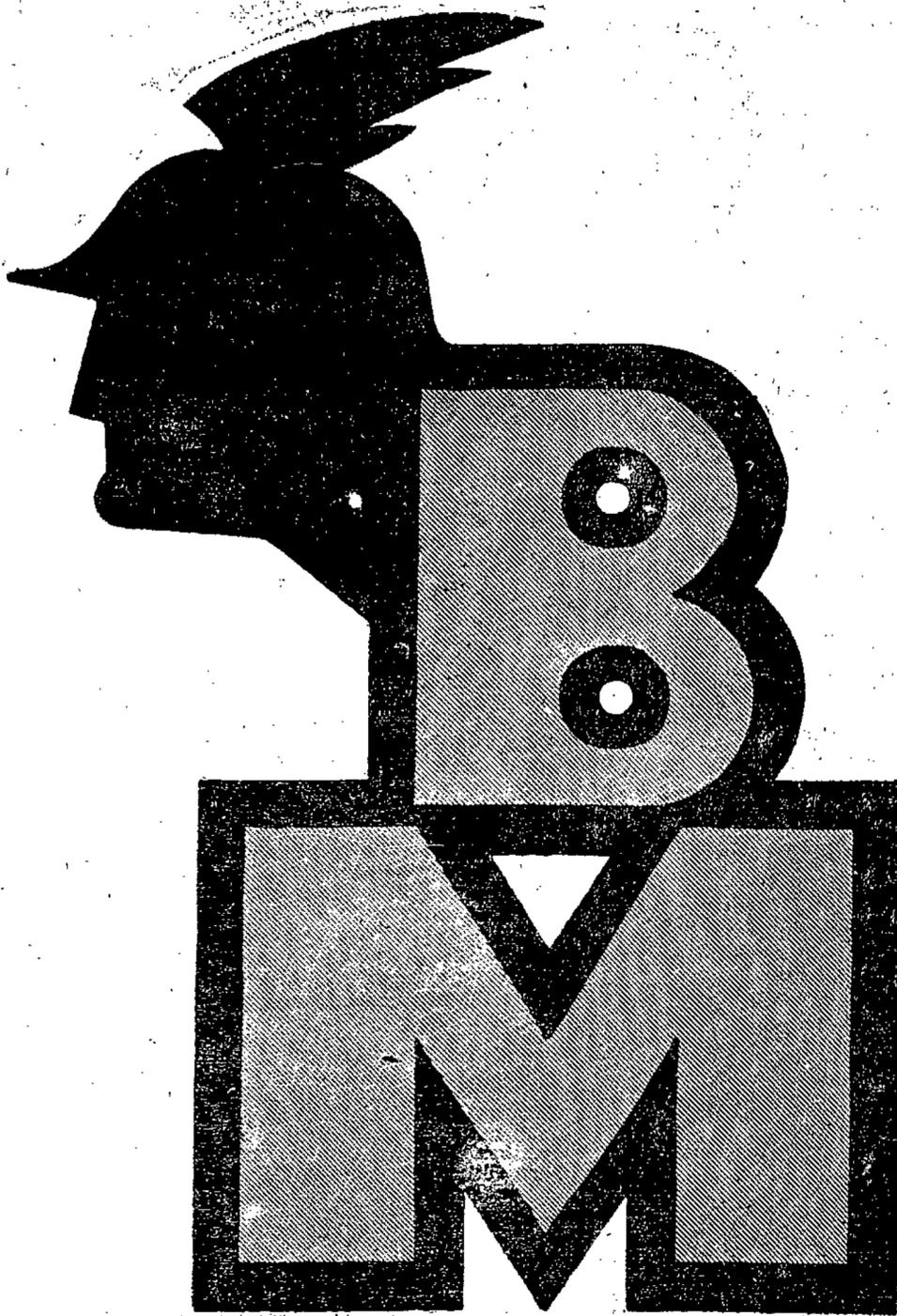
In der Markthalle **Morgen Freitag billiger Butt-Verkauf.** Goldbutt, große 2.80 | Graubutt, große 2.—
„ mittel „ 2.30 | „ mittel „ 1.20
Pläten Pfd. 1.00 (8738)
Albert Uschtrin, Fischgroßhandel.

Waisenhof Freitag und Sonntag **Tanz.**

Mielsen's Panoptikum und großes **anatomisches Museum** Deutschlands größtes wand. Wandstabenmodell, schön gegliedert **Ede Kreuzweg-Ketteich:** vom Bahnhof. **Zu einer Länge von 50 Meter Länge**
2 anatomische Abteilungen eine für Damen und eine für Herren.
Geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. (8698)

Kinderswagen zu Kauf, gelb. Zug u. 5 Mk. 49 a. d. G. (8732)

Fahrräder ohne Gummi, Rahmen und einzelne Teile gesucht (8727) L. Schöning, Westhoffstr. 57.



So gewaltig wie dies Zeichen

sind unsere Leistungen während des nächsten großen Extra-Verkaufs . . .
Warten Sie mit Ihren Einkäufen, denn unsere Preise sind ganz außergewöhnlich billig.

Karstadt

Aktiengesellschaft Lübeck.

Mittagsladenschluß.

In einer Mitgliederversammlung unseres Verbandes ist beschlossen worden, mit Rücksicht auf die von der Betriebsbehörde angeordneten Lichtbeschränkungen vom 1. November ab die Geschäfte erst um 8 1/2 Uhr zu öffnen und sie

von 1 1/2 bis 3 Uhr geschlossen

zu halten. Dieser Beschluß gilt für sämtliche Mitglieder der uns angeschlossenen Vereine mit Ausnahme der Zigarrenhändler.

Wir bitten das laufende Publikum, hiervon Kenntnis zu nehmen und Enttäuschungen in Geschäften, die den Mittagsladenschluß nicht durchführen, nicht zu tätigen.

Verband liberaler Kleinhandelsvereine.

Senking
Herde
die Qualitätsmarke. (8703)

Adolf Borgfeldt,

Mühlenstr. 36-44. Tel. 672.

Zigarren Zigaretten Tabak!! an Qualität das Beste! im Preise das Billigste!

Verkauf zu und unter Fabrikpreisen! Schlüsselbuden 32.

Aufbewahrung von Kommoden und Ausfühung aller Möbeltransporte. E. Johannesson, Breite Str. 61 a, II.

Freitag und Sonnabend: **Pa. fettes Roßfleisch** Schönkampstr. 3. C. Kühn. (8700)

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8897) **Otto Albers** Markt 4 Kohl. 10. (Mgl. d. R.-Sparr. Cubeca)

Preiswerte Gardinen und Vorhangstoffe empfiehlt (8708) **Heinrich Beuck,** Brockerstr. 25.

Margarine Pfd.	14.20 Mk.
Weiß-Schmalz	22.—
Kunst-Sonig	7.30
Reis Pfd.	4.90 u. 5.40
Weismehl Pfd.	5 u. 5.20
Sago Pfd.	4.50
Maismehl	6.50
Gebr. Gerste	4.30
Kaffee-Erfah	3.50

Eduard Speck, Süßstr. 80 n. 82. (8736)

Deutscher Transportarbeiter-Verband 8784
Ortsverwaltung Lübeck.

Bersammlung der **Automonteuere u. Fahrradschlosser** am Freitag, dem 29. Oktober abends 7 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Fledermaus
8 Uhr (8719)

Sehenswerte Bar. alle Mixedgetränke.

Hansa-Theater Heute 7 1/2 Uhr (8737) (7. W. Boll-Pl. 4. W. Halb-Pl. Serie I.) **Die Czardasfürstin.** Sonnabend 7 1/2 Uhr: Der große Schauspielersfolg **Die Raschkoffs.** Schauspiel in 5 Akten von Eubermann. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der halbe Breiten: **Hurra, ein Kind fiel vom Himmel.** Schwant in 3 Akten. Abends 7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**

Stadttheater Lübeck. Donnerst. B. C u. 6. B. i. S. M. Maß für Maß. 7 U. Freitag. B. D. u. 6. B. i. S. M. Ab. Kindertragödie. 7 U. Sonnab. B. D. u. 6. B. i. D. Ab. Hübne. 7 U. (8716) Sonntag. 6. B. f. b. Urb. 2 1/2 U. Der tolle Walzer. 7 1/2 U.